Monatsspiegel

Februar 2022

SPD Erlangen

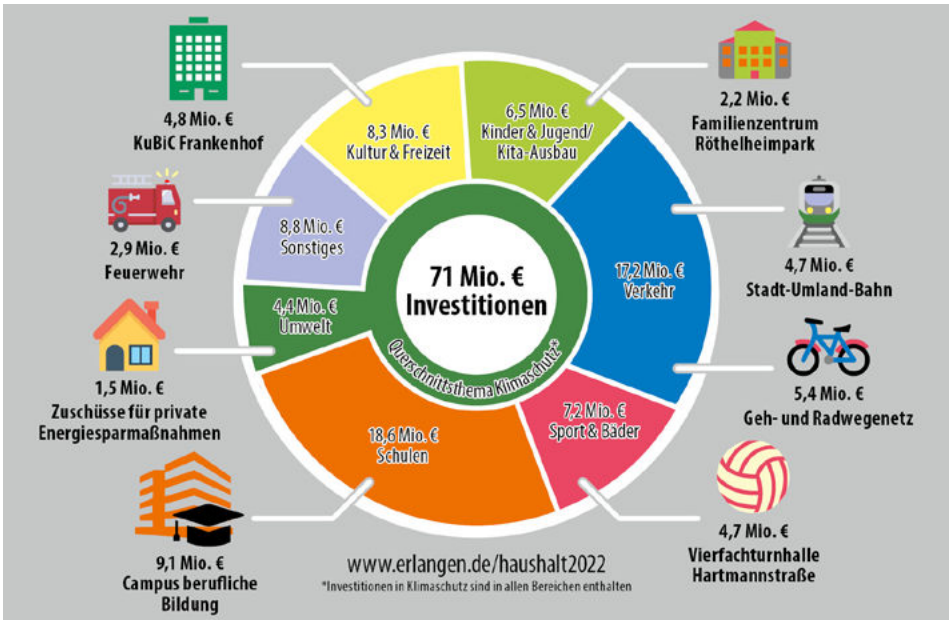
Adressaufkleber

Klima-Aufbruch und sozialer Ausgleich

Haushaltsrede von Barbara Pfister

Von Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

In den vergangenen Wochen haben wir viel über Zahlen und über einzelne Haushaltspositionen diskutiert. Heute, wo wir den Haushalt beschließen, müssen wir den Blick wieder weiten für die Rahmenbedingungen, innerhalb derer wir als Kommunen Politik gestalten können. Für die SPD-Fraktion bedeutet dies, neben den Perspektiven der städtischen Finanzen auch grundsätzliche Fragen und Ziele, gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen wahrzunehmen und den Haushalt, seine Schwerpunkte und Projekte dazu ins Verhältnis zu setzen.



Im vergangenen Jahr habe ich in meiner Rede von „Haushaltsberatungen in Zeiten der dreifachen Krise“ gesprochen: Klimawandel, Corona und Angriffe auf die Demokratie. Diese Krise hat seitdem noch an Brisanz gewonnen. Die Pandemie mit ihren Folgen wie der Zuspitzung von Ungleichheiten, der Verlust von Vertrauen in Wissenschaft und Staat, die Bedrohung der Demokratie durch eine zunehmend radikalisierte und gefährlich rechtslastige Minderheit fordern heute mehr denn je unser mutiges Eintreten für unsere Grundwerte. Reichtum und Lebenschancen sind nach zwei Jahren Pandemie noch ungleicher verteilt, steigende Energiepreise, Bodenspekulation und explodierende Mieten bedrohen viele Menschen existenziell. All dies erschwert die gewaltige Transformation hin zu einer Stadt, die

Fortsetzung auf Seite 3

08.02.		Jusos: Sitzung	online oder in Präsenz	S. 23
15.02.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	online	S. 21
16.02.	10:00	Distrikt Tenenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 22
17.02.	20:00	Jahreshauptversammlung	online	S. 3
21.02.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	online über zoom	S. 23
22.02.		Jusos: Sitzung	online oder in Präsenz	S. 23
23.02.	19:30	AK Gegen Rechts	online	S. 23
26.02.	14:00	Stadtteilrundgang durch Bruck	Marktplatz Bruck	S. 12
06.03	10:00	Film-Matinée: Töchter des Aufbruchs	Kulturpunkt Bruck	S. 8

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende: Munib Agha und Sandra Radue
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag bis Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch geshlossen
Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Stefan Barth, Philipp Dees, Monika Fath-Kelling, Kurt Fuchs, Barbara Pfister, Martin Prokopek, Silvia Schäfer, Eda Simsek, Christian Wonnerth

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth
Auflage: 700 Stück

gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern und den Handelnden in Wirtschaft und Gesellschaft Klimaneutralität erreicht und zugleich die Menschen vor den bereits eingetretenen Auswirkungen des Klimawandels bestmöglich schützt.
Es gibt zugleich aber auch sehr positive Entwicklungen. Wir können berechtigte Hoffnung darin setzen, dass die neue Bundesregierung durch ihre Umwelt- und Klimapolitik, die Förderung von Teilhabe und sozialem Ausgleich und die entschlossene Bekämpfung des Rechtsextremismus bessere Grundlagen für unseren Weg zu einer ökologisch ausgerichteten Stadt für Alle schafft. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Stärkung der Tarifbindung und die Erhöhung des Mindestlohns oder die geplante Kindergrundsicherung sind in dieser Hinsicht sehr positive Signale. Auf kommunaler Ebene wurden in Erlangen die ersten Maßnahmen des Klima-Aufbruchs umgesetzt, weitere werden intensiv vorbereitet und die Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger*innen erweitert. Das äußerst engagierte Handeln der Stadtspitze und der Verwaltung insgesamt zur Eindämmung der Pandemie und zur Information und Aufklärung stärkt das Vertrauen in die Stadt. Mit dem entschiedenen Einsatz gegen Desinformation und Demokratiefeindlichkeit bieten der Oberbürgermeister und die Stadtspitze Orientierung. Transparenz, Beteiligung und Dialogbereitschaft wirken der Entfremdung der Menschen von ihrer Stadt – und damit vom Staat – entgegen.

Den Klima-Aufbruch sozial und gemeinsam gestalten

Mit dem heutigen Haushaltsbeschluss zeigen wir, dass wir uns den großen Herausforderungen stellen und die Ressourcen der Stadt bestmöglich einsetzen, um sie zu bewältigen: Wir müssen enorme Anstrengungen für den Klima-Aufbruch unternehmen. Für dessen Umsetzung ist es zugleich wichtig, auf sozialen Ausgleich, auf ein gesellschaftliches Klima der Offenheit und des Respekts zu setzen, Lebensqualität ganz konkret zu fördern und Perspektiven für die Entwicklung unserer Stadt aufzuzeigen. Ohne eine funktionierende Infrastruktur, soziale Teilhabe, hochwertige Bildungs- und Kulturangebote, Beteiligung und Begegnung in den Stadtteilen kann dies nicht gelingen. Für eine in diesem Sinne ausgewogene Politik in Erlangen steht die SPD mit ihrem Oberbürgermeister seit fast acht Jahren. Die Ausrichtung und die Projekte, die wir seit 2014 durchsetzen konnten, prägen bereits den Haushaltsentwurf. Investitionsmittel in Rekordhöhe fließen in Schulsanierungen und Kita-Ausbau, den KUBIC, das neue Zentrum für Austausch und Machen in der Altstadt, in Stadtteilzentren, die Stadt-Umland-Bahn und den Zukunftsplan Fahrradstadt, in die Aufwertung der Plätze und die Begrünung und vieles mehr. Auch die Budgets der städtischen Ämter und die gewährten Zuschüsse, z. B. beim Umweltamt, der Volkshochschule, der Kulturförderung und im sozialen Bereich lassen die Stadtratsbeschlüsse der letzten Jahre und damit unsere Handschrift eindeutig erkennen. Ermöglicht wird all dies durch eine auch in diesem Jahr günstige Einnahmesituation der Stadt, die wir nicht als gegeben ansehen dürfen. Sollte sich diese in den kommenden Jahren verändern, werden wir noch stärker auf die richtigen Prioritäten achten.

Wir schaffen in diesem Jahr neue Stellen in großem Umfang, gerade auch um die Basis für den Klima-Aufbruch in den kommenden Jahren zu schaffen, aber z.B. auch für neu geschaffene Einrichtungen wie Kitas. Zwar wären wir aus Sicht der SPD angesichts des ungeheuren Bedarfs und der Belastung vieler Mitarbeiter*innen noch höher gegangen, erkennen jedoch an, dass die CSU uns ein ganzes Stück entgegengekommen ist, aus der gemeinsamen Einsicht in den dringenden Bedarf, aber auch aus Verantwortung für die Beschäftigten. Ein wesentlich höheres Volumen des Stellenplans, wie es heute verschiedentlich beantragt wurde, halten wir allerdings nicht für verantwortbar, das würde unsere Handlungsfähigkeit gefährden, wohl nicht in diesem Jahr, aber in den nächsten Jahren. Solange Bund und Land die Finanzausstattung der Kommunen nicht strukturell deutlich verbessern, geht das, was z. B. die Grünen heute beantragt haben, nicht – und ich weiß eigentlich, dass den Grünen das

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung

am Donnerstag, 17. Februar 2022, um 20 Uhr, die im digitalen Format stattfinden wird.

Als Tagesordnung schlagen wir euch vor:
1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Vorstellung des Rechenschaftsberichts
3. Vorstellung des frauenpolitischen Berichts
4. Vorstellung des Kassenberichts
5. Aussprache
6. Input von Alexandra Hiersemann, MdL
7. Anträge
8. Sonstiges

Munib Agha

Sandra Radue

Link zum Meeting: https://kurzelinks.de/u1cg
Telefonische Einwahl: +493025993993
Zugriffscode: 994 224 844

auch bewusst sein muss. Ja, man kann sagen, die Grünen haben zu ihrer Oppositionsrolle gefunden, aber sie schütten dabei möglicherweise das Kind mit dem Bade aus. Völlig unrealistische Forderungen aufzustellen, zeichnet insbesondere große Fraktionen nicht aus. Unrealistische Forderungen aufzustellen, führt zu einer Polarisierung und führt auch zur Desorientierung. Die Folgen für den städtischen Haushalt, sagen wir einmal in zwei Jahren, würden wir tatsächlich, wie die Grünen fordern, auf 3,3 Millionen für den neuen Stellenplan noch einmal 1,3 Millionen drauflegen, diese Folgen würden wir spüren, weil wir nämlich aufgrund unserer begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten und auch aufgrund der Genehmigungspflicht für unsere Haushalte in den kommenden Jahren harte Einschnitte vornehmen müssten. Das sagen Sie nicht dazu, und das muss ich den Kolleg*innen der Grünen Fraktion zum Vorwurf machen, dass hier eine Forderung aufgestellt worden ist, die nicht umsetzbar ist. Für das Vorgehen von ErLi und Klimaliste gilt natürlich Ähnliches.

Eigene Akzente der SPD-Fraktion

Mit der aus unserer Sicht sinnvollen Ausrichtung des Haushaltsentwurfs haben wir uns auch in diesem Jahr nicht zufriedengegeben, sondern im Verlauf der Haushaltsberatungen als SPD-Fraktion weitere, eigene Akzente gesetzt. Die hohe Bedeutung, die der Bereich Umwelt- und Klimaschutz für uns besitzt, ist auch in diesem Jahr deutlich sichtbar: Im Bereich der Investitionen haben wir so Mittel für die Förderung der Ackerrandstreifen (einer Maßnahme zur Sicherung der Artenvielfalt) und für die Förderung von Photovoltaik und Energiesparmaßnahmen beantragt, für die Stärkung des Umweltverbunds im städtischen Verkehr und die naturnahe Bepflanzung der Innenstadt.

Kultur, Bildung und Begegnung bilden einen weiteren Schwerpunkt: Hier haben wir Mittel für ein regionales Szenefestival – ein eigener Vorschlag unserer Fraktion, die Stärkung des E-Werks, ein Sonderförderprogramm Sport und den Ausbau der digitalen Infrastruktur der VHS beantragt. Unser Ziel der Kultur für Alle verfolgen wir zudem weiter mit den Kunsthaltestellen, digitalen Angeboten der Kulturvermittlung, und der Förderung eines Bürgertreffs in Tennenlohe. In den Feldern Gleichstellung und Vielfalt haben wir u. a. die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln in städtischen Gebäuden und Schulen beantragt sowie die Finanzierung des Fests der Kulturen des AIB und für eine Aufklärungskampagne zu LGBTIQ+ beantragt. Auch in den Bereichen Teilhabe und Armutsbekämpfung haben wir Fördermittel für verschiedene Projekte und für Beteiligung im Rahmen des Sozialberichts eingestellt.

Konstruktive Zusammenarbeit - in der Kooperation und darüber hinaus

Die Basis unserer Kooperation mit der CSU-Fraktion hat sich bei unserem zweiten gemeinsamen Haushalt als sehr stabil erwiesen. Klar erkennbar zeigen sich unsere Gemeinsamkeiten, aber auch das jeweils eigene Profil der beiden Fraktionen. Unsere Zusammenarbeit ist von Vertrauen, Offenheit und Fairness geprägt. Dafür möchte ich mich bei der gesamten CSU-Fraktion und insbesondere bei Christian Lehrmann, Alexandra Wunderlich und Bürgermeister Jörg Volleth ganz ausdrücklich bedanken.

Gemeinsam mit der CSU sind wir vor Beginn der eigentlichen Haushaltsberatungen auf alle demokratischen Fraktionen und Gruppierungen zugegangen und haben zu Gesprächen eingeladen, um uns über allgemeine Haushaltsthemen und ihre jeweiligen besonderen Anliegen auszutauschen. Nicht alle haben dieses Angebot angenommen – miteinander offen zu sprechen, verträgt sich wohl nicht mit der Haltung der Fundamentalopposition, die manche ganz bewusst einnehmen wollen.

Kritik müssen Regierungsmehrheiten für ihr Handeln selbstverständlich hinnehmen, das gehört zu den grundlegenden demokratischen Spielregeln. Wenn sich Stadtratsmitglieder jedoch rundheraus weigern, Schritte zur Kenntnis zu nehmen, die in Richtung auch ihrer expliziten Ziele unternommen werden (siehe die Umsetzung der Maß-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Februar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

03.02. Friedhelm Elias
71 Jahre

06.02. Elisabeth Frank
73 Jahre

06.02. Marianne Kobiela
74 Jahre

09.02. Gertrud Reich-Schowalter
73 Jahre

13.02. Manfred Kirscher
82 Jahre

15.02. Frank-Lothar Krawolitzki
89 Jahre

21.02. Alfred Scherrer
75 Jahre

21.02. Winfried Stein
71 Jahre

24.02. Elfriede Krauß-Breuers
91 Jahre

24.02. Inge Aichele
83 Jahre

24.02. Ursula Rechtenbacher
88 Jahre

26.02. Magdalena Zoglauer
75 Jahre

26.02. Stefan Barth
85 Jahre

28.02. Adolf Most
96 Jahre

nahmen, die mit dem Radentscheid vereinbart wurden), so wie es insbesondere die Kolleg*innen der Erlanger Linken und der Klimaliste tun, dann agieren sie damit aus einem kurzsichtigen Profilierungsdrang heraus, verbreiten Fehlinformationen und verweigern sich einer konstruktiven Debatte. Wir hoffen sehr, dass sie in den kommenden Jahren zu einem konstruktiven Miteinander und echter sachlicher Auseinandersetzung finden werden. In jedem Fall sind wir dabei aber sehr zuversichtlich: Die Erlanger Bürgerinnen und Bürger werden erkennen, dass es beim Klima-Aufbruch eben nicht um Schwarz oder Weiß geht, sondern um die ganz konkreten Schritte, die die Stadt dazu im Rahmen ihrer Möglichkeiten unternimmt – und hier haben wir, gerade auch im Vergleich mit anderen Kommunen, sehr Beachtliches vorzuweisen.

In den Beratungen der Fachausschüsse haben wir in Abstimmung mit unserem Kooperationspartner offen und sachlich über die Anträge anderer Fraktionen beraten und einer Reihe davon auch zugestimmt – denn es ist uns durchaus bewusst, dass auch andere gute Ideen haben. Auch der Stellenplanantrag, den wir heute noch als Änderung eingebracht haben, zeugt davon, dass wir Argumente sehr ernst nehmen und unsere Positionen immer wieder überprüfen. Meinen Stadtratskolleginnen und -kollegen, dem Oberbürgermeister und den Referent*innen gebührt großer Respekt dafür, dass es unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie auch in diesem Jahr gelungen ist, stets kompetent und konstruktiv schwierige Sachverhalte zu klären und Lösungen zu finden.

Dank an Verwaltung und Bürger*innen

Den Mitarbeiter*innen der Verwaltung in den Fachämtern danken wir für die kompetente Begleitung der Haushaltsberatungen und das Entgegenkommen bei Fragen und bisweilen noch unfertigen Vorschlägen. Insbesondere der Oberbürgermeister, der Bürgermeister und die Referent*innen – allen voran Herr Ternes und sein Team und Herr Beugel mit der Kämmerei, der Personalrat und der Sitzungsdienst – verdienen unseren Dank für all die Zeit und Mühe, die sie für den Haushalt und die Anliegen der Fraktionen aufgewendet haben. Unser Dank gilt auch den Bürgerinnen und Bürgern, den Vereinen und Organisationen, die uns ihre Wünsche und Ideen nahegebracht haben, und selbstverständlich auch den Erlanger Nachrichten für die differenzierte Berichterstattung über unsere Diskussionen.

Barbara Pfister, Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, während ihrer Haushaltsrede im Januar-Stadtrat

Mein Fazit lautet: Der Haushalt für das Jahr 2022 bildet in ausgewogener Form die wesentlichen Investitionen, Budgetmittel, Zuschüsse und Stellenneuschaffungen ab, die die Umsetzung des Klima-Aufbruchs, den sozialen Ausgleich und die Weiterentwicklung unserer Infrastruktur sichern. Gemeinsam mit unserem Oberbürgermeister ist es uns als SPD gelungen, die richtigen Prioritäten zu setzen und den Haushaltsentwurf mit eigenen Vorschlägen zu ergänzen. Dem Haushalt 2022 werden wir daher heute aus voller Überzeugung zustimmen.

Die Haushaltsrede von SPD-Fraktionsvorsitzenden Barbara Pfister bei Youtube:
https://kurzelinks.de/pvfw
Die Haushaltsrede von Oberbürgermeister Florian Janik:
https://kurzelinks.de/ow29

Hier eine Auswahl unserer Haushaltsanträge

Investionsmittel	
Förderung des Umweltverbunds (Verkehr)	250.000 €
Zuschüsse Lasten-E-bikes	105.000 €
Zuschüsse private Energiesparmaßnahmen	500.000 € (sowie Mittel für 2023)
Naturnahe Bepflanzung in der Innenstadt	30.000 €
Sonderförderprogramm Sport (an Vereine)	200.000 €
Budgets der städtischen Ämter	
Regionales Szenefestival	50.000 €
Zuschuss Bürgertreff Tennenlohe	20.000 €
Stadtteilrundgang „Mein Büchenbach“	10.000 €
Zuschusserhöhung E-Werk	297.000 €
Nachhaltigkeitstag (städt. Veranstaltung)	45.000 €
Web-Anwendung Kunstspaziergänge	30.000 €
Kunsthaltestellen der Jugendkunstschule	12.000 €
Zuschusserhöhungen	

u. a. für Umweltorganisationen, Aidshilfe, Kindergruppe Frauenhaus, Schuldner*innenberatung der Caritas, Projekte des Stadtjugendrings

Neue Fördermittel u. a. für	
Ehrenamtsprojekt „Armut gemeinsam verhindern“	40.000 €
Beteiligungsprojekt zum Sozialbericht	30.000 €
Verein Aura	10.000 €

Alle Haushaltsanträge sind auf der Homepage der SPD-Fraktion zu finden
www.spd-fraktion-erlangen.de

Den „Berg“ erhalten – das geht nur mit mehr Sicherheit

Warum der Westausgang des Bergkirchweih-Geländes umgebaut werden muss

Von Philipp Dees
Stv. Fraktionsvorsitzender

Seit Herbst sammelt eine Bürgerinitiative „Bergflair erhalten“ Unterschriften für einen Bürgerentscheid gegen die Entscheidung des Stadtrates, den Westausgang des Bergkirchweih-Geländes zu verbreitern und dafür vier Bäume zu fällen. Dieser Artikel soll euch die notwendigen Informationen geben, warum sich die Stadt dafür entschieden hat und warum die SPD-Fraktion das unterstützt.

Warum muss überhaupt etwas gemacht werden?

Der Bergkirchweih liegt ein umfassendes Sicherheitskonzept zugrunde, das zuletzt 2011 grundlegend überarbeitet wurde – unter anderem auch mit Erkenntnissen des Loveparade-Unglücks 2010 – und fortlaufend fortgeschrieben wird. Eingearbeitet wurde in den letzten Jahren z.B. die größere Bedrohung durch Terrorismus (Stichwort: Betonbarrieren) und das veränderte Verhalten von Besucher*innen. Gleichzeitig haben sich auch die gesetzlichen Anforderungen an Fluchtwege und Feuerwehrzufahrten verändert, und als drittes sind die Feuerwehrfahrzeuge in den letzten Jahren größer und schwerer geworden, weil auch mehr Ausrüstung mitgeführt wird.

Im Sicherheitskonzept wurde festgestellt, dass im Falle einer Katastrophe der westliche Teil des Bergkirchweihgeländes nicht schnell genug evakuiert werden kann; es sind mehr und breitere Rettungswege notwendig, um die Anforderungen an die „Entfluchtung“ zu erfüllen. Dazu wurde bereits vor einigen Jahren die zusätzliche Fluchttreppe am Erich-Keller geschaffen, die alleine aber nicht ausreicht – es braucht auch einen besseren Rettungsweg ganz im Westen des Geländes.

Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Zufahrt vom Westen zu den Kellern zu eng ist für Feuerwehrfahrzeuge im Notfall; das Risiko ist groß, dass ein Feuerwehrfahrzeug neben den Weg gerät, mit einem Rad einbricht und dann der Weg für weitere Rettungsfahrzeuge blockiert ist (das ist der Unterschied zu dem von den Wirten des Entlas-Kellers als Beispiel gegen den Ausbau angeführten Lieferverkehr – da wäre eine Blockade ärgerlich, aber nicht lebensgefährlich). Dies wird verstärkt, weil durch Wurzeln und Bewegungen im Berg der Weg deutliche Schäden aufweist und Asphalt wie Unterbau für Schwerlast-Fahrzeuge nicht mehr stabil sind.

Was soll gemacht werden?

Geplant ist, das westliche Ende von An den Kellern zwischen Entlas-Keller und Böttigersteig komplett zu erneuern und dabei auf fünf Metern zu verbreitern. Damit wären sowohl die Anforderungen an die Fluchtwege vom westlichen Bergkirchweihgelände erfüllt als auch die der Feuerwehr- und Rettungszufahrt.

Für den Neubau des Weges müssen vier Bäume, die direkt am Weg stehen, gefällt werden. Diese Fällung ist allerdings, anders als von einigen behauptet, nicht nur eine Folge der Verbreiterung: Schon das Abtragen und Neubauen des bisherigen Weges – und das ist wegen des defekten Unterbaus in jedem Fall nötig – würde so massiv in die Wurzeln der Bäume eingreifen dass diese Bäume das nicht überleben würden (es sind nämlich unter anderem deren Wurzeln, die den Unterbau beschädigt haben und den Asphalt nach oben drücken und deshalb gekappt werden müssen). Die Verbreiterung des Weges kommt nur „oben drauf“.

Wurden Alternativen geprüft?

Das von der Stadt beauftragte Ingenieurbüro hat mehrere Alternativen entwickelt und geprüft, ob diese die Anforderung an die Fluchtwege und die Feuerwehrzufahrt erfüllen können. Dabei hat sich aber bisher nur die jetzt vorgeschlagene Variante als tauglich erwiesen.

Ein wesentliches Problem ist, dass es neben der Feuerwehrzufahrt zu den Kellern noch eine zweite Zufahrt gibt, die zu beachten ist: Die Feuerwehr muss auch in den oberen Böttigersteig fahren können, was während der Bergkirchweih nur über die Bergstraße möglich ist. Es kreuzen sich im Bergbereich also zwei Rettungszufahrten; das sorgt dafür, dass es wegen der Lage am Hang kaum Möglichkeiten gibt den Verlauf der bisherigen Wege zu verändern.

Außerdem müssen die Fluchtwege dauerhaft zur Verfügung stehen. Bei vielen vorgeschlagenen Varianten führen die Wege aber über Privatgrund, wo das nicht sichergestellt wird. Und es geht auch nicht darum, die gesetzlichen Vorgaben an die Fluchtwege rechnerisch irgendwie erfüllt zu haben – sondern wenn es zu einer Katastrophe kommt, muss die „Entfluchtung“ auch wirklich funktionieren.

Und auch nicht unbedeutend: Von den geprüften Varianten ist tatsächlich die jetzt vorgeschlagene die, bei der am wenigsten Bäume gefällt werden müssen. Andere Varianten z.B. mit einem schmaleren Weg und ergänzenden Fluchttreppen sorgen für deutlich mehr Baumfällungen: Denn im Umfeld des Westausgangs gibt es nicht nur die besagten vier Bäume, sondern erheblich mehr.

Geprüft wird von der Stadt jetzt noch die von der Bürgerinitiative „Bergflair erhalten“ vorgeschlagene Variante mit Bodendübeln und Schwerlastgittern. Dazu ist allerdings auch zu sagen, dass es anders als von der BI dargestellt bisher kein „Konzept“ für eine solche Lösung an dieser Stelle gibt, sondern nur die Idee, dass dies funktionieren könnte. Da führt dazu, dass die Umsetzung in jedem Fall um ein Jahr verschoben werden muss; es kann erst nach der Bergkirchweih 2023 gebaut werden.

War das Vorgehen kurzfristig anberaumt?

Von der BI „Bergflair erhalten“ wird beklagt, die Stadt habe die Planungen für die Fluchtwege erst kurzfristig im Oktober vorgestellt, so dass man keine Chance gehabt habe, rechtzeitig Alternativen vorzustellen.

Diese Darstellung entspricht so nicht

den Tatsachen. Tatsächlich wurde die Planung für den westlichen Bergausgang bereits im Februar 2021 in den zunächst zuständigen Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss eingebracht. In der Folge gab es einen Ortstermin am Westausgang, an dem z.B. auch die Wirte des Entlas-Kellers teilgenommen haben. Erst danach hat der UVPA beschlossen, die vom Ingenieurbüro präferierte Variante weiterzuverfolgen. Die Erlanger Nachrichten haben damals auch umfangreich berichtet.
Im Oktober hat dann die Stadtverwaltung dem Bau- und Werkausschuss die genauere Planung (die sogenannte Entwurfsplanung) für die Umsetzung vorgelegt; das war aber eben nicht die erste Befassung. Das Vorgehen war also lange vorher öffentlich und einem Teil der Initiative auch nachweislich bekannt.

Was passiert, wenn nichts passiert?
Wird für die Feuerwehrzufahrt und den Fluchtweg keine funktionierende Lösung gefunden – z.B., weil das von der BI angestrebte Bürgerbegehren dies untersagt –, wird das erhebliche Konsequenzen für die Bergkirchweih haben: Diese darf dann in der bisherigen Form nicht mehr genehmigt werden. Denn die Stadt ist verpflichtet, die ihr bekannten Sicherheitsprobleme, und dazu gehört die Situation am Westausgang, unverzüglich zu beseitigen. Tut sie dies nicht und lässt die Bergkirchweih trotzdem wie bisher stattfinden, sind diejenigen, die die Bergkirchweih genehmigen, bis hin zum Oberbürgermeister, auch strafrechtlich verantwortlich, wenn etwas passiert: Je nachdem, was passiert ist, kann es sich dann um (fahrlässige) Körperverletzung oder Tötung mit entsprechenden Strafen handeln. Und selbst wenn dass strafrechtliche nicht wäre: Kein*e Verantwortliche*r sollte die Verantwortung auf sich laden, Menschenleben wissentlich gefährdet zu haben.
Die Bergkirchweih 2022 (so sie denn stattfinden kann) und wahrscheinlich auch 2023 können noch unverändert durchgeführt werden, weil das „unverzügliche Handeln“ noch durch die Planungstätigkeit nachgewiesen werden kann. Werden diese eingestellt bzw. nach der Planung nicht (schnell) gebaut, werden aber die Eingriffe nötig: Dann müsste die Besucherzahl im westlichen Teil des Geländes (wahrscheinlich ab dem „T“, sicher aber ab der Fluchttreppe am Erichkeller) massiv eingeschränkt werden und der Zugang entsprechend kontrolliert werden. Möglicherweise müssten auch einzelne Bereiche komplett geschlossen werden, insbesondere die, die die Feuerwehr ohne eine verbesserte Zufahrt nicht mehr zuverlässig erreichen kann. Den „Berg“, wie wir ihn bisher kennen, gibt es dann nicht mehr.
Für die am Böttigersteig lebenden Mitbürger:innen verzögert sich derzeit die grundsätzliche Bereitstellung einer angemessenen Feuerwehr- und Rettungszufahrt von mindestens vier Meter Breite, auf deren Bereitstellung kann von städtischer Seite aus gesetzlichen Gründen langfristig nicht verzichtet werden. Diese Problemstellung besteht unabhängig vom Festbetrieb.

Solidarität mit Enissa Amani

Von Eda Simsek
Statdrätin

„Solidarität mit Enissa Amani und Solidarität mit all den „Enissa Amanis“ da draussen!“, mit diesen Worten wurde am 2. Dezember eine Kundgebung der BIPoC Erlangen Initiative am Rathausplatz eröffnet. Für die SPD Erlangen hat Eda Simsek gesprochen.
Hintergrund: die Entertainerin Enissa Amani hat öffentlich darauf aufmerksam gemacht, dass der AfD-Politiker Andreas Winhart für seine Äußerungen zu Geflüchteten straffrei davonkommt. Dieser hatte 2018 öffentlich Geflüchteten, bzw. bestimmten Bevölkerungsgruppen eine Mitschuld an HIV-, Krätze- und TBC-Fällen gegeben. Winhart wurde dafür angezeigt, jedoch hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt. Enissa Amani wollte nicht hinnehmen, dass diese Äußerungen keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen sollten: ihrer Meinung nach muss Deutschland aufgrund seiner Geschichte eine Vorbildrolle im Kampf gegen Rassismus einnehmen. Amani äußerte sich daher bewusst öffentlich beleidigend gegenüber dem Politiker, um auf die untragbaren Missstände im Rechtssystem aufmerksam zu machen. Tatsächlich zeigte Winhart sie daraufhin wegen Beleidigung an und sie wurde zu einer Geldstrafe von 1.800 Euro verurteilt. Enissa Amani steht zu ihren Aussage: „Meine Beleidigungen stehen außer Frage, die müssen geahndet werden“, doch sie weigert sich zu zahlen, bevor Winhart ebenfalls für seine Aussagen verurteilt wird. Aufgrund der Zahlungsverweigerung wird der Haftbefehl laut Amani am Tag der Erlanger Kundgebung, dem 2. Dezember ausgestellt werden.

Solidarität mit Enissa Amani!
Als aller erstes möchte ich mich bei den Organisator*innen dieser Kundgebung bedanken. Es ist absolut wichtig und

richtig, dass diese schwierige Situation öffentlich diskutiert wird und, dass unsere bunte Erlanger Stadtgesellschaft – sowie alle anderen, die sich solidarisch zeigen – eine klare Haltung gegen Diskriminierung und Rassismus hat.
Ich heiße Aydan Eda Simsek und ich bin seit letzten Jahr Mitglied des Erlanger Stadtrats für die SPD. Meine Eltern kommen aus der Türkei, mein Vater ist als junger Mann 1971 als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen und hat hier seine Familie gegründet. Meine Familie und ich haben – wie sehr viele Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland – immer und immer wieder Rassismuserfahrungen machen müssen. Deshalb möchte auch ich mich heute vor euch zu dieser Problematik äußern.
Von den ungleichen Auswirkungen der Pandemie in Gesellschaften weltweit bis hin zu internationalen Protesten gegen Rassismus und Diskriminierung – diese aktuellen Ereignisse zeigen uns, dass wir von einer Gleichberechtigung noch weit entfernt sind. Dass nun wieder die AfD mit rassistischen Aussagen polarisiert, überrascht deshalb leider gar nicht.
Die Aussagen von Andreas Winhart sind ganz klar zu verurteilen! Daher finde ich finde es stark, dass Enissa Amani ihre Position als Person des öffentlichen Lebens ganz bewusst für aktivistische Zwecke genutzt hat, um das große Rassismusproblem in Deutschland aufzuzeigen. Dass aber die Staatsanwaltschaft gegen Amani vorgeht und nicht gegen rassistische Aussagen von AfD-Vertreter*innen, zeigt mal wieder, dass das Problem strukturell verankert ist und das Rechtssystem weiterhin an wichtigen Stellen versagt.
Dieses Ereignis führt aber auch vor Augen, dass es eine Person des öffentlichen Lebens gebraucht hat, um Rassismus und Diskriminierungserfahrungen aufzuzeigen. Tagtäglich machen BIPoc Erfahrung mit Rassismus und Diskriminierung und leider wird nur ein kleiner Bruchteil davon gehört oder überhaupt berichtet. Es gibt so viele von uns, die unter ihren Erfahrungen leiden, aber auch so viele, die kaum was dagegen tun können, weil sie nicht ernst genommen oder ihre Erfahrungen relativiert werden. Oder, weil es am Rechtssystem oder den finanziellen Mitteln für rechtliche Schritte scheitert.
Auch ich persönlich kann von Erlebnissen berichten: während der Schulzeit musste mein Vater so oft mit mir zur Schuldirektorin, weil mehrmals Lehrer*innen mir absichtlich schlechte Noten gegeben haben, obwohl meine Antworten im Test richtig waren. Als Jugendliche wurde ich abends mal als einzige von der Polizei kontrolliert, während meine weißen männlichen Freunde „davonkamen“, obwohl wir gemeinsam unterwegs waren. Das sind nur zwei kleine Beispiele. Denn fast schon regelmäßig musste ich Ungleichheitserfahrungen nicht nur aufgrund meines „ausländischen“ Aussehens und meiner Migrationsgeschichte, sondern auch aufgrund meines Geschlechts und der Gesellschaftsschicht meiner Familie machen. Immer wieder musste ich mich in meinem Lebensweg behaupten und gegen Diskriminierung und Rassismus ankämpfen, um in meinem Bildungs- und Berufsweg dahin zu kommen, wo ich jetzt bin.
Fakt ist nämlich: Diejenigen, die am stärksten von geschlechtsspezifischer Gewalt und Ungleichheit betroffen sind, sind auch die am stärksten verarmten und marginalisierten Menschen. Wir dürfen nicht nur über Ungleichheit aufgrund von Rassifizierung sprechen, sondern müssen sichtbar machen, dass es viele überlappende Formen von Ungleichheit gibt, welchen wir als BIPoC ausgesetzt sind. Die neue, zukünftige Ampel-Regierung geht endlich den richtigen Schritt und will den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz streichen, was sehr zu begrüßen ist. Und nicht nur die Politik muss mitziehen, auch diejenigen, die nicht betroffen sind, aber Betroffene kennen, können sich als Allys solidarisieren und Haltung zeigen.
Es ist absolut wichtig, dass die Erfahrungen und Lebensrealitäten von uns BIPoC erzählt und damit gehört werden. Aber es ist genauso wichtig, dass erkannt wird, dass Ungleichheiten intersektional sind. Wir müssen die Geschichten von denjenigen, die verschiedene und auch überlappende Formen von Ungleichheiten erfahren, öffentlich aufzeigen und mit den Betroffenen zusammen dagegen ankämpfen. Deshalb: Solidarität mit Enissa Amani!

Film-Matinée „Töchter des Aufbruchs“ mit anschließendem Come Together

So., 06.03.2021, 10 Uhr Kulturpunkt Bruck, Fröbelstr. 6, 91058 Erlangen oder als Live-Stream Eintritt ist frei

Erst vor wenigen Monaten erinnerten wir uns an die Unterzeichnung des Anwerbeabkommens mit der Türkei. Seit dieser Unterzeichnung sind 60 Jahre vergangen.
Der Film „Töchter des Aufbruchs“ zeigt die Geschichte von angeworbenen Gastarbeiterinnen sowie Geflüchteten mit ganz unterschiedlichen Lebenswegen. Alle litten unter der Trennung von ihren Kindern. Alle müssen auch eine Generation später mit dem Stigma „Migrantin“ kämpfen.
Wir laden euch ein, diesen Film anzuschauen und mit der Regisseurin Uli Bez, den Frauen, die vor so vielen Jahren nach Deutschland gekommen sind, und den Frauen, die erst seit kurzem in Deutschland arbeiten, nach der Vorführung im Rahmen eines anschließenden Come Together zu diskutieren.
Aktuelle Infos und weitere Details:
spd-erlangen.de/film-tda

Kommunale Verdienstmedaille in Silber für Gisela Niclas

Foto: Christian Wonnerth

Über 30 Jahre engagierte sich Gisela Niclas im Erlanger Stadtrat, seit 2008 vertritt sie Erlangen im mittelfränkischen Bezirkstag ehrenamtlich in der Kommunalpolitik. Dafür wurde sie von Innenminister Joachim Herrmann mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Wir gratulieren dieser herausragenden Kommunalpolitikerin sehr herzlich!

Gisela Niclas, die zu Beginn ihrer Amtszeit 1990 sechs Jahre Bürgermeisterin und Sozialreferentin war, setzt ihre politische Arbeit im mittelfränkischen Bezirkstag fort. Dort wirkt sie weiterhin mit ihrer ungeheuren sozialpolitischen Kompetenz, ihrer aufrechten demokratischen Haltung und ihrem politischen Geschick. In der SPD-Fraktion, die sie nach ihrer Zeit als Bürgermeisterin bis 2008 zwölf Jahre lang als Vorsitzende leitete, war sie bis Januar letzten Jahres Mitglied.

v.l.n.r.: Erlanger Oberbürgermeister Florian Janik, Bezirskrätin Gisela Niclas und Innenminister Joachim Herrmann
Foto: Kurt Fuchs

Foto: Christian Wonnerth

„Durch ihren unermüdlichen Einsatz, den respektvollen Umgang mit allen Menschen, die ihr begegnen, und die Konsequenz, mit der sie sich für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Teilhabe für Alle einsetzt, ist sie uns allen ein großes Vorbild. Ihre große Erfahrung und ihr Gespür für wichtige Themen haben die Diskussionen in unserer Fraktion sehr positiv geprägt. Besonders dankbar sind wir für ihr Engagement für die Gestaltung der Hupfla als Lern- und Gedenkort und für ihre klare Position gegen Demokratiefeinde von rechts“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
März 2022
16. Februar 2022

Neue SPD Regierung - Neue Politik Neue Perspektiven

Am 11. Dezember des letzten Jahres hat der neue Vorstand an alle Mitglieder eine E-Mail geschickt mit dem Motto: „Den Fortschritt gestalten“. Es war wirklich ein großes Erlebnis, zu sehen wie sich die SPD entwickelt hat. Nach dem enttäuschenden Wahlergebnis von 2017 wurde unter der Devise „aus Fehlern lernen“ eine Neuausrichtung und Geschlossenheit der Partei erreicht, die zu dem Ergebnis geführt hat, mit dem wir jetzt darangehen können den Fortschritt zu gestalten.
Für alle, die die Mail des Vorstands (noch) nicht gelesen oder diese (wie so oft) einfach schnell weggeklickt haben, hier ist sie nochmal zum in Ruhe zu lesen!

Liebe Genossin.....
Lieber Genosse.....

am 26. September 2021 haben wir mit 25,7 Prozent der Zweitstimmen die Bundestagswahl gewonnen. Die SPD ist wieder da! Wir sind stärkste Kraft im Bundestag und haben nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der Ampel Olaf Scholz als vierten sozialdemokratischen Bundeskanzler gewählt.
Das haben wir gemeinsam als Partei geschafft. Die in den vergangenen Jahren gelebte Geschlossenheit von Partei, Fraktion und Regierung ist und bleibt die Voraussetzung für das Gelingen guter sozialdemokratischer Politik. Und der Weg dahin war nicht immer einfach.

Nach dem bitteren Wahlergebnis von 2017 hatten wir uns vorgenommen, aus unseren Fehlern zu lernen. Wir wollten und wir haben unsere Partei erneuert. Wir haben Euch als Mitglieder mit neuen und direkten Beteiligungsformaten immer wieder einbezogen. Gemeinsam haben wir unser Zukunftsprogramm erarbeitet. Gemeinsam haben wir für Respekt in unserer Gesellschaft gekämpft und diese Wahl gewonnen.

Durch unser Zukunftsprogramm und unseren Wahlsieg haben wir jetzt die Möglichkeit und eine klare Orientierung, in den Jahren, die vor uns liegen, den Fortschritt zu gestalten.
Wir wollen allen, die zu unserem Erfolg beigetragen haben, die auch an schwierigen Tagen die Ruhe bewahrt, fleißig mitgearbeitet und zusammengehalten haben, Danke sagen.
Ganz besonderer Dank gilt Norbert Walter-Borjans, der mit Saskia Esken 2019 das Wagnis einer Kandidatur eingegangen war und den wir gestern nach zwei Jahren an der Spitze der SPD verabschiedet haben. Die vergangenen zwei Jahre und der erfolgreiche Bundestagswahlkampf sind Grund, stolz auf das Erreichte zu blicken. Zugleich sind sie Ansporn für die kommenden Jahre.

Denn Veränderung ist nur dann ein Fortschritt, wenn sich das Leben der Menschen verbessert. So begreifen wir die großen Aufgaben, die sich uns stellen. Dafür braucht es Mut, Entschlossenheit und gute Ideen. Im Kampf gegen die Klimakrise, für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung, für die Sicherung unseres Wohlstandes, für eine moderne, freie Gesellschaft. Bezahlbare Wohnungen, faire Arbeitsbedingungen und gute Löhne, die zum Leben reichen, eine Kindergrundsicherung, die Kinder aus der Armut holt, stabile Renten und Respekt für jedermann sind zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unser Zusammenleben.

Wir wollen als Regierungspartei Olaf und unsere Regierung dabei unterstützen, diese großen Aufgaben erfolgreich zu bewältigen. Doch aus der Rolle als Partei, die den Bundeskanzler stellt, erwächst noch eine weitere besondere Verantwortung.
Schon aus unserer Tradition heraus erwächst uns immer wieder die Aufgabe, Veränderung zu gestalten, für alle Menschen gerechte Chancen und gerechte Teilhabe zu organisieren und für Respekt zu sorgen: Egal wo Deine Familie herkommt, welchen Beruf Du ausübst, wie Du lebst und wen Du liebst — wir werden die Gesellschaft auf dem Weg der Veränderung zusammenhalten. Denn der beschleunigte Wandel wird (neue) gesellschaftliche Debatten und Spannungen hervorrufen.
Unsere Aufgabe als SPD ist es, den Diskurs anzuführen, der Debatte eine Richtung zu geben und die politische Kraft zu sein, die dafür sorgt, dass die Transformation für alle gut ausgeht. Wir wollen in den nächsten Jahren ein Debattenort sein, wo Menschen spüren: Es ist spannend und es lohnt sich, dabei zu sein. Wir wollen den gesellschaftlichen Dialog zu den oben beschriebenen Fragen führen und damit den Zusammenhalt in der Transformation befördern.
Die Debatten über die zentralen Herausforderungen unserer Zeit werden wir nicht nur in unserer Partei führen, sondern einen breiten gesellschaftlichen Dialog organisieren. Dafür sind wir angetreten. Und dafür wurden wir heute gewählt.
Wir danken Dir für dieses Vertrauen und freuen uns auf die nächsten zwei Jahre.

Herzliche Grüße

Saskia und Lars

Neue SPD Regierung - Neue Politik
Neue Perspektiven auch für die Basis

Nach dem Wahlerfolg, den zügigen Koalitionsverhandlungen, der Aushandlung und Unterzeichnung eines Koalitionsvertrags, und schließlich der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler und der Bildung einer neuen Regierung, kann die SPD mit Stolz auf den Erfolg ihrer Arbeit der letzten vier Jahre sein.
Die Arbeit zum Erfolg war auch dadurch geprägt, dass möglichst viele Parteimitglieder, aber auch sonstige Interessierte, mit eingebunden wurden. Auch mit diesem Erfolg und der deutlich sichtbaren Handschrift der SPD im Koalitionsvertrag, war der Prozess auch immer noch ein „top down" Prozess im historisch gewohnten Sinn.
Daher ist es sicher unvermeidlich, dass neben den klar und präzise formulierten Punkten im Koalitionsvertrag, sowohl im Wahlprogramm, und dann auch im Koalitionsvertrag, andere wichtige politische Probleme nur sehr pauschal oder gar nicht erwähnt und diskutiert werden. Ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit oder Exklusivität sehe ich drei Bereiche, die für uns wichtig sind und zur weiteren politischen Umsetzung eine sachlich fundierte (beobachtungsabhängige) Grundsatzdiskussion benötigen: Demokratie, (soziale) Gerechtigkeit und Frieden.
Zum Thema „Frieden" oder besser: „Vorschläge und Forderungen für eine aktive Friedenspolitik" hat der GKV die April KMV am 28.4.2022 eingeplant.
Die KMV soll eine gemeinsame Diskussions-KMV der drei AGs, Jusos, AsF und AG 60plus, die unsere Partei konstituieren, werden.
Wir haben bereits zwei Beschlüsse gefasst (Keine Bewaffnung von Drohnen und Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag), die auch als Antrag zum Bundesparteitag gestellt wurden. Da müssen wir jetzt fragen, warum diese Anträge eine der üblichen „Beerdigung zweiter Klasse" durch die Antragskommission erhalten haben und wie es um die Meinungsbildung hierzu in der neuen Fraktion und der Regierung bestellt ist.
Als Hinweis, dass Alles noch viel komplizierter ist als gedacht, der Nachdruck (mit ausdrücklicher Genehmigung der NN Redaktion) eines Artikels vom 24.12.2021 über die jetzt zugänglichen „Afghanistan papers". Wir müssen alle unsere Hoffnungen auf unsere neue Verteidigungsministerin setzen.

NÜRNBERGER NACHRICHTEN
NN/HA/POLI/POLI4 - Fr 24.12.2021 - POLITIK
REPORTAGE

Anleitung für ein Desaster

Afghanistan Papers Drei Jahre lang klagte die Washington Post auf Herausgabe der Dokumente, nun zeichnet ihr Enthüllungsbericht nach, warum die Amerikaner am Hindukusch scheiterten. An der Bundeswehr lässt er kein gutes Haar.

MANUEL KUGLER

NÜRNBERG - Die Deutschen, sie riefen in Washington irgendwann nur noch Sarkasmus hervor: „Deutschland wollte seinen Soldaten nicht gestatten, an Kampfeinsätzen teilzunehmen, nachts zu patrouillieren oder den meist friedlichen Norden Afghanistans zu verlassen", schreibt Craig Whitlock noch recht nüchtern, fügt dann jedoch hinzu: „Erlaubt war ihnen aber, große Mengen Alkohol zu trinken." Während es den US-Truppen verboten ist, im Kriegseinsatz zu trinken, habe die deutsche Bundesregierung allein 2007 knapp eine Million Liter Bier für die 3500 Soldaten am Hindukusch geliefert.
„Absurd" nennt der Journalist der Washington Post die Einsatzregeln, die die Nato-Verbündeten ihren Truppen in Afghanistan auferlegt hatten. Deren Teilnahme an der Mission sollte zwar irgendwie ein Zeichen von Solidarität setzen. Wenn es darum ging, Kopf und Kragen zu riskieren, überließ man das dann aber doch lieber den Amerikanern.

Die Bevölkerung getäuscht

Es ist nur einer der so vielen Gründe, warum die Afghanistan-Mission am Ende scheiterte. Gründe, die Whitlock in seinem neuen Buch skizziert – von der fehlenden Strategie, was überhaupt das Ziel des Einsatzes war, bis hin zur grassierenden Korruption, die jedes Vertrauen in die afghanische Regierung untergrub. „Die Afghanistan Papers" hat der Journalist sein Buch genannt, der Titel verweist auf die „Pentagon Papers". Deren Veröffentlichung hatte 1971 die amerikanische Öffentlichkeit schockiert – die Geheimdokumente legten offen, wie die US-Regierung die Bürgerinnen und Bürger darüber täuschte, was wirklich im Vietnam-Krieg geschah.
Ein Vorwurf, den Whitlock nun für Afghanistan erneuert – ganz gleich, ob der Oberbefehlshaber George W. Bush, Barack Obama oder Donald Trump hieß. „Niemand wollte zugeben, dass sich ein Konflikt, der als gerechter Krieg begonnen hatte, in ein aussichtsloses Unterfangen verwandelt hatte", schreibt der langjährige Pentagon-Reporter.
Whitlocks „Afghanistan Papers", sie beruhen vorrangig auf den Interviews von hunderten Kriegsteilnehmern, die eine US-Behörde mit dem Ziel durchgeführt hatte, Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen. Um an die Niederschriften der Gespräche zu kommen, hatte die Washington Post einen dreijährigen Rechtsstreit mit der Regierung ausgefochten.
Das Verdienst Whitlocks ist es, nachzuzeichnen, wie sich ein

Krieg mit einem begrenzten Ziel – die Operationsbasis von Al-Kaida zu zerstören – zu dem Generationenprojekt des Nation-Building, also zum Aufbau demokratischer Institutionen nach westlichem Vorbild, ausweitete – und wie die Mission ob dieses Anspruchs scheiterte.
Mit Hamid Karzai, einem weltgewandten Mann, der fließend Englisch sprach, meinten die Amerikaner zwar den richtigen Mann gefunden zu haben, um eine starke Zentralregierung anzuführen – dabei war allein die Vorstellung einer solchen Zentralregierung den Afghanen fremd: In den Dörfern des Landes werden Probleme seit jeher von lokalen Autoritäten und Ältesten gelöst, nicht von aus der Hauptstadt entsandten Staatsbeamten. Die Folge: Die Macht der Zentralregierung schwand, je weiter man sich von Kabul entfernte. Als sich Karzai seine Wiederwahl 2009 mittels gefälschter Stimmen sicherte, zerstörte das letzte Illusionen, der Mann in der Hauptstadt sei anders als die sonstige Elite des Landes, die in ihren Posten vor allem eine Chance zur Selbst-Bereicherung erblickte.
Erschreckend lesen sich die Schilderungen der Interviews derer, die am Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte beteiligt waren. Viele Rekruten scheiterten schon an einfachsten Aufgaben, andere kassierten ihr Gehalt und verschwanden. Auf die Frage, ob sie auch nach dem Abzug der Amerikaner in der Armee bleiben würde, antworteten schon 2005 die meisten: Nein, würden sie nicht. Für sie war es ein Job – nichts, wofür man tatsächlich sein Leben riskiert, wenn es brenzlig wird.
Andere ausgebildete Soldaten und Polizisten nutzten die neu gewonnene Macht, um den Menschen, die sie eigentlich schützen sollen, Geld abzunehmen. „Mit der Zeit“, bilanziert Whitlock, „war die afghanische Bevölkerung so angewidert von der Entwicklung, dass darüber diskutiert wurde, wer nun das größere Übel darstelle, die Taliban oder die afghanische Regierung.“
Der Afghanistan-Krieg wurde der längste in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Er hätte es nicht sein müssen, glaubt Whitlock, hätten die USA und der Westen nicht „goldene Gelegenheiten“, den Konflikt zu einem guten Ende zu bringen, verstreichen lassen.

„Ihr habt die Uhren, wir die Zeit“

Eine dieser Gelegenheiten bot sich schon Ende 2001 – und zwar in Deutschland: Die Konferenz auf dem Bonner Petersberg sollte die Grundlage für die Zukunft Afghanistans legen. Bloß: Die Taliban waren nicht eingeladen. Für einen der Konferenz-Teilnehmer die „Erbsünde“ des Krieges. Die Taliban schienen zu diesem Zeitpunkt zwar militärisch geschlagen, doch „ihre Bewegung war zu groß und zu tief in der afghanischen Gesellschaft verwurzelt, um sie völlig zu zerschlagen“.
Die Islamisten wussten, dass die USA nicht auf ewig bleiben würden. Sie müssten also nur lange genug ausharren, bis ihre Chance gekommen war. Schon 2006 sagte ein Taliban-Führer gegenüber dem US-Botschafter: „Ihr besitzt alle Uhren, aber wir haben die ganze Zeit.“ Eine Zeit, die mit dem Abzug der Amerikaner und der rasanten Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 endgültig gekommen war.

Craig Whitlock: Die Afghanistan Papers. Econ, 400 Seiten, 24,99 Euro.

Unsere Bundestagsabgeordnete Martina Stamm-Fibich informiert:

Stadtteilrundgang durch Bruck

Am 26. Februar laden die Bundestagsabgeordnete Martina Stamm-Fibich, Oberbürgermeister Dr. Florian Janik und Stadtrat Munib Agha zum Stadtteilrundgang durch Erlangen-Bruck ein. Zu der zweistündigen Führung sind die Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen. Gemeinsam sollen Chancen, Probleme und das Potenzial des Stadtteils erörtert werden. Wo liegen die aktuellen Herausforderungen in Bruck, wo muss gehandelt werden, welche Ideen haben die Bewohner für ihren Stadtteil in der Zukunft?
Beginn ist um 14 Uhr am Marktplatz in Bruck.
Für die Veranstaltung gilt nach aktuellem Stand bei Druck des Monatsspiegels die 2G-Regel und ein Abstandsgebot von 1,5 Metern.

Kreislaufwirtschaft fördern
Sammelstelle der Deutschen Umwelthilfe im August-Bebel-Haus

Die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft lauten: Vermeiden. Wiederverwenden. Recyceln. In meinem Wahlkreisbüro steht ab sofort eine Box der Deutsche Umwelthilfe zur Annahme von Alt-Handys. Smartphones enthalten eine hohe Menge an wertvollen Rohstoffen und sog. Konfliktrohstoffen, also Mineralien, die unter sozial nachhaltigkeitswidrigen Bedingungen abgebaut werden. Hinzu kommt, dass unsere alltäglichen Begleiter durchschnittlich nur zwei bis drei Jahre genutzt werden. Die gesammelten Altgeräte werden wieder aufbereitet oder recycelt. Für den Erlös aus jedem aufbereiteten Handy fließen zwei, bei recycelten Geräten 0,40 Euro direkt in Umweltschutzprojekte.
Ihr könnt Eure Geräte selber in Erlangen in der Friedrich-List-Straße 5 abgeben oder per Post schicken.
www.handysfuerdieumwelt.de

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion

Klima- und Sozialpolitik gemeinsam denken

Menschen, die über geringe Ressourcen verfügen, sind meist deutlich vulnerabler hinsichtlich der sozialen und ökologischen Folgen, die durch Klimakrisen und Umweltzerstörung ausgelöst werden.

Klimapolitische Maßnahmen, wenn sie z.B. höhere Kosten für klimaschädliches Verhalten vorsehen, können einkommensarme Haushalte stärker benachteiligen. Durch finanzielle Unterstützung können aber auch Anreize für ein klimafreundliches Verhalten gesetzt werden.

„Nach Überzeugung der SPD-Fraktion sollten klimapolitische Maßnahmen stets mit sozialpolitischen Maßnahmen verbunden werden, um eine Benachteiligung von armutsgefährdeten oder einkommensarmen Haushalten zu vermeiden. Denn der Klimawandel gelingt nur mit einem auf Teilhabe orientierten, starken gesellschaftlichen Miteinander, das auf die Teilhabe Aller ausgerichtet ist“, erklärt SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister.

Wie es gelingt, Klima- und Sozialpolitik gemeinsam zu denken, zeigen die nachfolgenden Beispiele, die auf SPD-Anträge zurückgehen und von Sozialreferent Dieter Rosner (SPD) umgesetzt wurden.

Noch günstiger mobil unterwegs - mit dem Erlanger Sozialticket

Seit 2016 gibt es den ErlangenPass, der Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen mehr Teilhabe ermöglicht. Von Anfang an war es möglich, vergünstigte Busfahrkarten in verschiedenen Abo-Formen sowie als 4er-Ticket zu erwerben.

Der Rabatt wurde zum 1. Juli 2021 noch einmal deutlich erhöht und beträgt jetzt 50 Prozent. Er gilt auch für das 9 Uhr-Ticket, das für Inhaber*innen des ErlangenPass somit nur noch 12,70 Euro im Monat kostet. Für den Kostenausgleich gegenüber den Erlanger Stadtwerken kommt die Stadt Erlangen auf.

„Wir setzen darauf, dass das günstigere Ticket häufiger genutzt wird,“ so der sozialpolitische Sprecher Andreas Bammes. „Damit fördern wir den Umstieg auf den klimafreundlicheren öffentlichen Nahverkehr und verbessern durch mehr Mobilität die Teilhabechance für Menschen mit Unterstützungsbedarf.

Mietobergrenze für energiesanierte Wohnungen erhöht

Wohnen Menschen, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, der Grundsicherung im Alter und der Sozialhilfe beziehen, in einer energiesanierten Wohnung oder wollen in eine ziehen, wird seit August eine bis zu 10 Prozent höhere Miete anerkannt, als bei nicht energiesanierten Wohnungen.

„Wohnraum energieeffizient zu sanieren, ist angesichts des fortschreitenden Klimawandels das Gebot der Stunde. Es ist gut, dass die Sanierungen voranschreiten. Mit der Erhöhung des Zuschlags wollen wir diese Wohnungen auch für Leistungsbeziehende leichter zugänglich machen“, erläutert Dunja Zaouali, die die SPD gemeinsam mit Andreas Bammes im Sozial- und Gesundheitsausschuss vertritt.

Es ist davon auszugehen, dass Mehrkosten bei der Bruttokaltmiete zu einem gewissen Teil durch geringere Heizkosten kompensiert werden können. Heizkosten werden vom Jobcenter in der Regel in voller Höhe übernommen.

Ausweitung der Energiesparberatung mit dem Ziel, stromfressende Altgeräte für Sozialleistungsbezieher*innen auszutauschen

Die Erlanger Stadtwerke (ESTW) bieten seit langem eine kompetente Energiesparberatung für alle Bürgerinnen und Bürger. Ein spezielles Angebot gibt es auf Antrag der SPD-Fraktion hierbei für Haushalte von Transferleistungsbezieher*innen. Wenn sich durch die Energiesparberatung der Bedarf nach dem Ersatz eines alten, stromfressenden Gerätes zeigt, wird dieses von den ESTW mitfinanziert.

Um dieses Angebot auszuweiten, wurde eine Erhöhung des städtischen Zuschusses beschlossen. „Dadurch können mehr Transferleistungsbezieher*innen bei Bedarf nach der Beratung den Ersatz stromfressender Elektrogeräte, in Zukunft neben den bisher bereits finanzierten Geräten auch Kühltruhen und E-Herde, finanziert bekommen,“ so der umweltpolitische Sprecher Dr. Andreas Richter.

Von Munib Agha

Schädlingsbekämpfung Erba-KiTa

In der Erba-KiTa gibt es einen Befall des Dachstuhls und der Decke des zweiten Obergeschosses mit dem Hausbock.

Ohne weitere Maßnahmen würde sich dieser im Gebäude mit seinen Holzdecken weiter ausbreiten und die Statik des Gebäudes gefährden, so dass die

Quelle: erlangen.de

KiTa nicht dauerhaft weiterbetrieben werden könnte.
Daher soll im Oktober 2022 eine Schädlingsbekämpfung mit dem Gas Sulfuryldifluorid durchgeführt. Dabei wird das Gebäude verhüllt und das Gas in hoher Konzentration in das Gebäude geleitet, wodurch der Hausbock abgetötet wird. Anschließend wird die Hülle entfernt, und das Gas entweicht in die Atmosphäre. Da es leicht flüchtig ist, verbleiben keine gesundheitsgefährdenden Rückstände im Gebäude – dies muss auch vor Wieder-Inbetriebnahme durch Messungen von Gutachtern bestätigt werden –, und auch für Nachbar*innen besteht keine Gesundheitsgefahr, weil kein „Sulfuryldifluorid-Wolke“ entsteht, sondern sich das Gas sofort mit der Luft vermischt.
Trotzdem ist der Einsatz des Gases nicht unproblematisch, da es eine hohe Klimawirkung hat. Diese ist um ein mehrtausendfaches höher als CO2, allerdings baut sich das Gas in der Atmosphäre deutlich schneller ab als CO2, so dass die Klimawirkung nicht so lange anhält. „Wir haben uns die Entscheidung für Sulfuryldifluorid nicht leichtgemacht, und unser Umweltsprecher Andreas Richter hat selbst umfassend dazu recherchiert“, so SPD-Bausprecher Philipp Dees. „Am Ende bleibt aber: Es gibt keine funktionierende Alternative beim vorhandenen Umfang des Befalls. Bei der Heißluftmethode müsste der Dachausbau zurückgebaut werden. Dies würde zu einer Schließung der KiTa über mehrere Monate führen und die Räume im zweiten Obergeschoss wären bis zu einer Generalsanierung nicht mehr nutzbar. Und eine vorgezogene Generalsanierung, bei der das befallene Holz ausgetauscht wird, könnte trotzdem erst in einigen Jahren beginnen, weil noch keine Pläne dafür ausgearbeitet sind. In dieser Zeit könnte sich der Hausbock weiter ausbreiten, was wegen der dann gefährdeten Statik irgendwann zu einer längeren Schließung der KiTa führen würde. In dieser Abwägung haben wir uns entschieden, trotz der Klimaschädlichkeit des Gases mit Sulfuryldifluorid zu arbeiten, um einen sicheren Weiterbetrieb der KiTa bis zur Generalsanierung sicherzustellen.“
Von Philipp Dees

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Schutzkonzepte zur Gewaltprävention – Was tut die Stadt Erlangen, um Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt zu schützen? Und wie hat sich die Lage seit der Corona-Pandemie verändert?

Um Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt zu schützen bzw. ihnen im Fall von Gewalterfahrungen Hilfe anzubieten und Täter zu entlarven, ist ein umfassendes Schutzkonzept für Einrichtungen, denen Kinder und Jugendliche anvertraut werden, enorm wichtig.
Diese Schutzkonzepte unterstützen das Personal an den Einrichtungen im Verdachtsfall die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, um Betroffenen zu helfen und Strafverfolgung zu ermöglichen.
Im Zuge der Corona-Pandemie bleibt sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche immer mehr im Verborgenen, da Zufluchtsorte wie Schulen und Kindertagesstätten während der Lockdowns wochenlang geschlossen blieben und betroffene Kinder weniger Möglichkeiten hatten, sich ihren Bezugspersonen anzuvertrauen.
Deshalb haben wir als SPD-Fraktion im Jugendhilfeausschuss eine Anfrage gestellt, um bestehende Schutzkonzepte in Schulen, Horten und Kindertagesstätten, in den Jugendtreffs, Jugendclubs und die Unterstützung durch Fachdienste sowie Beratungsstellen der Stadt Erlangen aufgezeigt zu bekommen. Ebenfalls wurde erfragt, inwieweit

es weitere Unterstützungsmöglichkeiten von Seiten der Verwaltung bedarf und ob sich diese Thematik im Zuge der Corona-Pandemie verschärft hat.
Das Stadtjugendamt legte daher in der November-Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausführliche Berichte von den entsprechenden Fach- und Beratungsstellen, dem Sozialdienst, der offenen Jugendsozialarbeit sowie verschiedenen weiteren Abteilen vor.
Anhand dieser Berichte und weiteren Nachfragen unsererseits im Ausschuss wurde deutlich, dass die Stadt Erlangen und alle weiteren betroffenen Stellen im Bereich der Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gut aufgestellt sind und umfassende Schutzkonzepte vorweisen können.
In Bezug auf die Auswirkungen der Wahrnehmung aller Angebote im Zuge der Corona-Pandemie gebe es noch keine validen Zahlen, inwieweit Kinderschutzfälle wirklich zugenommen haben. Es lässt sich aber wie erwartet eine Zunahme in Quantität und Qualität der Komplexität der Fälle, sowie auch ein Rückgang bei der Inanspruchnahme der Angebote wahrnehmen. Dadurch habe sich vor allem auch die Arbeitsbelastung erhöht. Zudem berichtet insbesondere die Abteilung Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit über die Intensivierung von Fallbearbeitungen und Komplexitäten v.a. in den Bereichen Kinderschutz, Suizidalität und psychische Belastung seit Beginn der Pandemie.
Insgesamt werden aber laut Stadtjugendamt die Leistungen zum Kinderschutz unter Einhaltungen der Hygieneregeln jederzeit erbracht. Zusätzlich wurden über Soziale Medien neue Kontaktformen etabliert, um über Online Video Tools Fälle bearbeiten zu können.
All dies zeigt, dass die Stadt Erlangen die Herausforderungen bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gut im Blick hat und ihre Kapazitäten vollständig ausschöpft, um Betroffenen auch im Zuge der schwierigen Entwicklungen durch die Corona-Pandemie, weiterhin bestmöglich helfen zu können. Auch wir als SPD-Fraktion werden die Situation weiter beobachten und ggf. erneut evaluieren, um eventuell notwendige Verbesserungen herbeiführen zu können.
Von Aydan Eda Simsek

Gewobau soll in der Odenwaldallee schnell das Bauen beginnen können

Für den geplanten Neubau der Gewobau auf ihrem Parkplatz in der südlichen Odenwaldallee liegt immer noch keine Baugenehmigung vor.
Hintergrund ist, dass zunächst die Überarbeitung des Bebauungsplans „baureif“ vorliegen muss. Hier gibt es aber eine weitere Verzögerung, weil nach Auffassung der Stadtplanung noch Vorschläge aus dem ISEK (Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept, gefördert von Bund und Land) zur Freiflächengestaltung eingearbeitet werden sollen.
Gemeinsam mit der CSU hat die SPD-Fraktion nun beantragt, diesen Prozess schnellstmöglich abzuschließen und möglichst innerhalb eines halben Jahres die Baugenehmigung zu erteilen. Dazu sollen Stadtplanung und Gewobau schnell einen gemeinsamen Standpunkt zu den aus dem ISEK aufzunehmenden Punkten entwickeln, strittige Punkte soll der Stadtrat entscheiden.
„Für uns ist wichtig, dass das Gebäude jetzt schnell gebaut werden kann“, so SPD-Planungssprecher Philipp Dees. „Denn in Gebäude sollen zahlreiche soziale Einrichtungen entstehen, die in Büchenbach dringend gebraucht werden. Eine mehrjährige Verzögerung ist dabei nicht akzeptabel, Alternativen für die Einrichtungen gibt es aber auch nicht. Wir erwarten daher, dass sich Gewobau und Stadtplanung ‚zusammenraufen‘ und eine schnelle Lösung für die noch offenen Punkte finden.“
Von Philipp Dees

Großer Zuspruch für Audioguide zur Erlanger Frauengeschichte – erfolgreiche Anregung der SPD-Fraktion

Der seit März kostenlos im Netz verfügbare Audioguide „Erlangerinnen in Bewegung“, der von der Nürnberger Historikern Nadja Bennewitz entwickelt wurde und die Zeit von den Hugenott*innen bis heute abdeckt, stößt auf großes Interesse.
Wie die Verwaltung berichtet, wird er vielfach genutzt. „Wir freuen uns, dass wir mit unseren Anträgen dieses Projekt anstoßen und so einen Beitrag dazu leisten konnten, dass die Situation von Frauen und ihre Beiträge von Frauen zur Entwicklung unserer Stadt auf diese Weise besser sichtbar werden“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister.
Link zum Beitrag im Frankenfernsehen: „Erlangerinnen in Bewegung“: Mit dem neuen Audioguide die Frauengeschichte der Hugenottenstadt erkunden | Franken Fernsehen
https://kurzelinks.de/px5g
Von Barbara Pfister

Quelle: http://perinet.blogspirit.com/

Ein partizipatives Kunstprojekt mit Nachhaltigkeitscharakter für Büchenbach-Nord

Für den Haushalt 2021 hatten wir ein ganz besonderes kulturelles Projekt beantragt und zwar ein Kunstwerk für den öffentlichen Raum für Büchenbach-Nord, das gemeinsam mit den Bürger*innen im Stadtteil entwickelt wird.
Als Kunstwerk wird nun ein cinematisches Werk entstehen, das in unseren Augen alles erfüllt, was uns für dieses herausragende Projekt wichtig ist.
Neben der Vermittelbarkeit und der Nachhaltigkeit steht vor allem der partizipative Ansatz im Mittelpunkt. Auch wird die Künstlerin Anna Stewald (Meisterschülerin der Akademie der Bildenden Künste) für vier Monate in Büchenbach Nord leben und zudem in einem offenen Atelier arbeiten.
Die Künstlerin kann durch den engen

Kontakt mit den Büchenbacher*innen sehr gut in deren Lebensrealität eintauchen und sehen, welche Menschen dort leben und welche Ängste, Sorgen, Wünsche, Träume und Vorstellungen sie haben.
Durch das Filmprojekt kann eine direkte Beteiligung der Menschen vor Ort geschehen, unabhängig von deren Alter und Herkunft, denn die Büchenbacher*innen und die Künstlerin können miteinander sehr niederschwellig in Kontakt treten.
Durch die Öffnung der Atelierräume wird der Entstehungsprozess transparent und durch die Einbindung der Menschen entsteht zudem eine höhere Identifikation mit dem Kunstwerk sowie die Möglichkeit der Teilhabe.
Bei dem gemeinschaftlichen Videoprojekt sind Filme und Videos geplant, bei denen die Büchenbacher*innen unter künstlerischer Anleitung als Drehbuchautor*innen, Schauspieler*innen, Sprecher*innen, Kostümbildner*innen etc. mitwirken und mitgestalten können.
„Wir sind der Überzeugung, dass dieses Filmprojekt Büchenbach-Nord auf eine ganz besondere Weise bereichern wird. Denn das Filmprojekt „Trilogy 56 nord“ soll aus der Gemeinschaft heraus entstehen und auch die Möglichkeit schaffen, Büchenbach Nord neu zu definieren, zu entdecken und auch Menschen zusammenbringen, die sich sonst in ihrem Alltag eher seltener begegnen.“, so Valeria Fischer.
Abgerundet wird das Projekt am Ende mit einem Freiluft-Public-Screening in Verbindung mit einem kleinen Fest, um der Öffentlichkeit den Film zu präsentieren.
Von Valeria Fischer

Polen fordert von Deutschland Reparationszahlungen

Von Stefan Barth

Seit mehreren Jahren verlangt Polen von Deutschland Reparationszahlungen, so auch jetzt beim Treffen mit unserer neuen Außenministerin Annalena Baerbock und Kanzler Olaf Scholz. Wieso kommen diese Forderungen?
Vor dem Überfall auf Polen machte Hitler der Heeresführung klar, dass ein militärischer Sieg alleine nicht ausreiche. Vielmehr komme es „auf die Beseitigung der lebendigen Kräfte“ an, um das zu erobernde Gebiet für das deutsche „Volk ohne Raum“ zu sichern. Diese Aufgabe sollten die Einsatzgruppen aus SS, Sicherheitspolizei und SD wahrnehmen und die „Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente“ übernehmen. Aus dem Vorgehen im Reich war bekannt, dass darunter vor allem Juden und Kommunisten zu verstehen waren.
Gemäß der vereinbarten Aufgabenteilung sorgte die Wehrmacht für Unterkünfte, Versorgung und Kraftfahrzeuge der Einsatzgruppen, die in und nach dem Überfall auf Polen bis Ende 1939 etwa 60.000 polnische Intellektuelle, darunter 7.000 Juden, ermordeten. Die Wehrmachtsführung blieb in diese todbringenden Tätigkeiten eingebunden. Mehr als 3.000 polnische Soldaten wurden abseits der Kampfhandlungen von deutschen Soldaten ermordet. Zwischen dem 1. September und dem 25. Oktober 1939 wurden über 16.000 Zivilisten hingerichtet.
Als Folge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs wurden Millionen von Menschen vertrieben, zwangsumgesiedelt oder mussten flüchten. 1941 vertrieben die Nationalsozialisten rund 900.000 Polen aus dem seit 1939 besetzten ehemaligen westlichen Westpreußen in das sogenannte Generalgouvernement. Den Platz in der als „Warthegau“ bezeichneten Provinz sollten deutsche „Umsiedler“ einnehmen.
Als die Rote Armee im Herbst 1944 an der östlichen Reichsgrenze stand, begann aus Angst vor Vergeltung die Massenflucht der Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien, später auch aus Pommern.
Die Flüchtenden gerieten oft zwischen die Fronten und in die Kampfhandlungen. Vielfach überrollte die rasch vorrückende Rote Armee die Trecks. Millionen Flüchtende starben an Kälte und Hunger oder wurden von sowjetischen Truppen misshandelt, vergewaltigt oder ermordet. Als die Landwege nach Westen versperrt waren, gelang mindestens 1,5 Millionen Zivilisten und 500.000 Wehrmachtsangehörigen die Flucht per Schiff über die Ostsee nach Westen. Tausende Flüchtlinge starben, als ihre Schiffe von der sowjetischen Marine torpediert wurden - etwa auf den Schiffen „Wilhelm Gustloff“, „Steuben“ oder „Goya“.
Nach dem Krieg begann die systematische Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Von April 1945 an vertrieben die neuen polnischen Behörden die ansässige deutsche Bevölkerung, noch bevor die Potsdamer Konferenz im August die „wilden Vertreibungen“ als „geordnete Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sanktionierte. Dennoch kam es auch danach noch zu zahlreichen Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung

Polen bekommt nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Ostgebiete

Nach den Zweiten Weltkrieg hat Polen Teile der deutschen Ostgebiete bekommen. Die deutsche Bevölkerung wurde aus diesen Gebieten vertrieben und ihr Vermögen konfisziert. Es handelte sich um folgende Gebiete:

- Südliches Ostpreußen: 2.488.100 Einwohner (davon 15.100 ohne deutsche Staatsangehörigkeit),

- Schlesien: 4.592.700 Einwohner (davon 16.200 ohne deutsche Staatsangehörigkeit; Zahlen der Bevölkerung Zittaus enthalten),
- Neumark-Brandenburg
- Pommern: 1.895.200 Einwohner (davon 11.500 ohne deutsche Staatsangehörigkeit),

Vertreibung nach Prinzip des „ethnisch reinen Nationalstaates“

Die Vertreibung der Deutschen begründeten die Polen mit dem Verhalten der Deutschen während der Besatzung und mit dem Prinzip des „ethnisch reinen Nationalstaates“. So forderte neben den polnischen Kommunisten auch die bürgerlich-polnische Exilregierung in London, die Gebiete ohne die deutsche Bevölkerung zu erhalten. Zudem sollte Polen für die Gebietsverluste an der ukrainischen und weißrussischen Grenze auf Kosten deutschen Territoriums entschädigt werden, um die von dort zwangsumgesiedelten Polen unterbringen zu können.

Zur Frage der Entschädigungszahlungen setzte die regierende nationalkonservative PiS-Partei in Polen (Prawo i Sprawiedliwosc, deutsch Recht und Gerechtigkeit) 2017 eine Parlamentarierkommission ein. Diese hat ihre Arbeit laut dem polnischen Abgeordneten Arkadiusz Mularczyk Anfang Mai beendet. Zu welchem Ergebnis die Kommission kam, ist aber noch nicht bekannt.

Ein Rechtsgutachten des polnischen Parlaments konstatierte 2017 - Deutschland schulde Reparationszahlungen. Damals war in Warschau von 840 Milliarden Euro die Rede. „Es ist legitim zu sagen, dass die Republik Polen einen Anspruch auf Entschädigungen von der Bundesrepublik Deutschland hat, und die Behauptung, dass die Ansprüche abgelaufen oder verjährt seien, ist unbegründet“, hieß es in dem Gutachten.

Die Bundesregierung lehnt Reparationsforderungen kategorisch ab.

Bereits 1953 habe Polen Reparationsansprüche aufgegeben. „Es gibt für die Bundesregierung gar keinen Anlass, an der völkerrechtlichen Wirksamkeit des Reparationsverzichts von 1953 zu zweifeln“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert 2017. Auch während der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 hatte Polen keine neuen Forderungen gestellt.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Manuel Sarrazin, Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe, hat einen Plan vorgelegt, um dem Nachbarland in dieser Frage entgegenzukommen.

Sarrazin schlägt mehrere Dinge vor:

- Es soll einen Fonds für die medizinischeVersorgung der Überlebenden geben.
- Aus einem weiteren Fonds sollen Entschädigungen an Opfer oder deren Kinder gezahlt werden, die bei bisherigen Zahlungen nicht berücksichtigt wurden.
- Deutschland soll die polnische Kultur ideell und finanziell unterstützen.
- Sarrazin fordert eine symbolische Entschädigung für Orte, an denen Deutsche Kriegsverbrechen verübt haben.
- Zudem sollten möglichst alle Mordopfer der Besatzung dokumentiert werden.

Grünen-Parteichef Robert Habeck unterstützt Sarrazins Vorschläge.

Die SPD bewertet die Sache anders. „Die Reparationsfrage ist rechtlich abgeschlossen. Keine Bundesregierung

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

Mit der Sparkassen-Card überall bequem bezahlen und an rund 23.500 Sparkassen-Geldautomaten in Deutschland und vielen weiteren Geldautomaten weltweit Geld abheben.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 10/2021

sparkasse-erlangen.de/giro

kann Reparationsansprüche anerkennen, für die es keine rechtliche Grundlage gibt", sagt Dietmar Nietan, Berichterstatter der SPD-Fraktion zu der Frage und Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Wenn Sarrazin diese völkerrechtlich eindeutige Position der Bundesregierung als „brüske Ablehnung" bezeichne, helfe das niemandem außer bestimmten Kräften in der regierenden PiS. Diese nutze die Diskussion über Reparationsforderungen auch als parteipolitisches Instrument.

Die Weihnachtsamnestie:
Wie der Freistaat Häftlingen die Resozialisierung erschwert

Von Martin Prokopek

„Mindestens 790 Inhaftierte frühzeitig entlassen im Zuge der Weihnachtsamnestie" titelte ein Artikel am 12.12.2021 auf dem Instagram-Account der Tagesschau. Was auf den ersten Blick einen etwas besorgniserregenden Eindruck erweckt, hat jedoch weit weniger mit institutionalisierter Willkür zu tun als eingangs vermutet: Rund um den Jahreswechsel schaltet das öffentliche Leben einen Gang herunter. Was für die allermeisten Menschen die Zeit des „mal runterkommen" oder des „das kann warten" ist, ist für Gefangene eine ernst zu nehmende Hürde, wenn die Haftentlassung genau in diesen Zeitraum fällt. So sind Behördengänge nicht wie sonst möglich, Therapie & Beratungsgespräche nur eingeschränkt verfügbar und Vorstellungsgespräche ein gutes Stück seltener.

In der ganzen Bundesrepublik ist man sich einig

Diese Probleme sind bundesweit zu beobachten, weshalb sich im Grunde nahezu überall ähnliche Regelungen etabliert haben. Fällt eine Haftentlassung in die Zeit zwischen November und Anfang Januar, können der Person Tage oder Wochen ihrer Haftstrafe erlassen werden. Dabei ist eine frühere Entlassung in der Regel ausgeschlossen, wenn ein Häftling wegen schwerwiegender Delikte wie Drogenhandel, schweren Formen der Gewalt etc. verurteilt worden ist, es sich um eine langjährige Haftstrafe handelt oder der Häftling negativ in der Haftanstalt aufgefallen ist. Die genauen Voraussetzungen und dementsprechend die Zahl der Entlassenen variieren von Land zu Land stark. So kamen beispielsweise in NRW bis zum 13.12.2021 mit 247 Gefangene die meisten Häftlinge vorzeitig frei, wohingegen im selben Zeitraum im Saarland keine einzige Person die regional gültigen Voraussetzungen erfüllte.

Ganz Deutschland? Nein! Ein unbeugsamer Freistaat hört nicht auf, Widerstand zu leisten

Ein einziges Bundesland weigert sich hingegen kategorisch, überhaupt eine feiertagsbedingte Kürzung von Haftstrafen in Betracht zu ziehen: Der Freistaat Bayern begnadigt aus Prinzip keine Gefangenen zum Jahresende. Begründet wird das vom Bayrischen Justizministerium damit, dass eine Weihnachtsamnestie einen nicht sachlich gerechtfertigten Vorteil gegenüber anderen Gefangenen darstelle, deren Haftzeit zufällig zu anderen Zeiten endet, z.B. an Ostern oder Pfingsten. Richtig an dieser Überlegung ist, dass eine Ungleichbehandlung von Gefangenen einer tragfähigen Rechtfertigung bedarf. Was das Ministerium jedoch ausblendet, ist, dass eine Gleichbehandlung der Gefangenen, bezogen auf die Entlassung, letztendlich in ungleichen Verhältnissen mündet. Wer seine Freiheit an Ostern oder Pfingsten wiedererlangt, muss sich mit den oben erwähnten Problemen nicht noch zusätzlich herumschlagen, also zusätzlich zu der Mammutaufgabe der Resozialisierung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Im Grunde macht sich der Freistaat also etwas vor, wenn er sich mit seiner fadenscheinigen Begründung dem Thema versperrt.

Warum strafen wir?

Im Grunde lässt sich hieran eine Haltung zu einer Frage ablesen, die in jedem Staat bzw. in jedem Land auf die ein oder andere Weise beantwortet werden muss: Geht es bei einer Strafe im Kern um Sanktionierung, also sozusagen um ein "auf-die-Finger-Hauen" (Dass du das ja nie wieder machst!) oder geht es in erster Linie um Resozialisierung, damit die Person nicht bald schon wieder einsitzt? Während beispielsweise zu Zeiten der Weimarer Republik letzterer Aspekt vom Gros der Juristen komplett ausgeklammert worden war, brachten namhafte Sozialdemokrat:innen wie etwa Gustav Radbruch oder Fritz Bauer Weitsicht in ein engstirniges System. Unser ganzes Strafrecht ist dementsprechend von beiden Ansätzen durchzogen, wobei jedes Bundesland legitimerweise zu anderen Ergebnissen kommt. Mit Blick auf das Thema der Weihnachtsamnestie frage ich mich jedoch, ob es so sehr im Interesse unseres Freistaats liegen kann, mit erhobenem Zeigefinger auf die letzten paar Tage in Haft zu bestehen und den Betroffenen somit faktisch Schwierigkeiten zu bescheren, die den anderen Häftlingen nicht aufgebürdet werden. Hier päpstlicher als der Papst zu sein, ist das Ergebnis falsch verstandener Rechtsstaatlichkeit und beschert uns als Gesellschaft ein vollkommen unnötiges Resozialisierungshindernis, das dringend abgeschafft gehört. Oder um bei dem in den Zwischenüberschriften verwendeten Bild zu bleiben: Manchmal ist es gar nicht so schlecht, wenn sich das so stolze & widerspenstige Völkchen der Gallier der Mehrheitsmeinung der Römer anschließen würde. Hier wäre das unserem bundesdeutschen Gallien im Süden sogar dringend anzuraten.

Aus dem Bauch gesprochen:

Das moralische Argument in der Politik

Von Monika Fath-Kelling

Moral (I)

Anstand, Bescheidenheit, Ethos, Ethik, Ehre, moralische Gesinnung, Höflichkeit, Norm, Moralbegriff, Tugend, Unmoral,Werte, Sitte, sittliche Ordnung, ... sonst noch was?

Wer weiß bei dieser Fülle an Begriffen noch was „WAS“ ist?

Moral bestimmt das akzeptierte Verhalten in einer Gesellschaft oder gesellschaftlichen Gruppe.

Die Gesamtheit der Moralbegriffe, also alle Auffassungen von Moral, wie Anstand, Bescheidenheit, Ehre, Gewissen, Höflichkeit, Sittlichkeit, die das zwischenmenschliche Verhalten einer Gesellschaft regulieren, bilden zusammen den in dieser Gesellschaft gültigen „Moralischen Kompass“. Und legen damit fest, welche Handlungen, welches Verhalten die Gruppe, oder die Gesellschaft von ihren Mitgliedern erwarten kann.

Es gibt also in jeder Gesellschaft/Gruppe eine spezifische Moral, die mit ihren idealen Werten, sanktionsbewehrten Rechtsregeln, Urteilen, Konventionen ect. das Handeln der Gruppenmitglieder bestimmen sollte.

Das Bewusstsein für diesen moralischen Kompass und der Anspruch des Individuums, diesem Kodex gerecht zu werden, heißt Ethos.

Ein im Gruppenverband sozialisiertes Mitglied verspürt „Schuldgefühle“ bei Verstößen gegen den gültigen moralischen Kompass. Je höher das individuelle Ethos, desto deutlicher die Gewissensbisse.

Einschub: Der Philosoph Kant verengt den Moralischen Kompass auf die „Autonomie des individuellen Gewissens“. Bei gleichzeitigem Anspruch, nicht nur auf Gültigkeit in einer bestimmten Gruppe oder Gesellschaft, sondern auf Allgemeingültigkeit, die ans „Mensch-Sein“ gebunden wird. (Die Maxime individuellen Handelns sollte dergestalt sein, dass sie jederzeit zum Gesetz für alle Menschen werden könnte) ... das ultimative Ethos also, aber in der Praxis unbrauchbar...

Seit Hegel werden diesem moralischen Imperativ von Kant sog. Moralitäten entgegengestellt, in folgendem Sinne: Diverse Überzeugungen einer Gesellschaft und eine „Sittlichkeit“, die durch ein historisch-kulturell bedingtes und durch Recht und Verfassung gestütztes Institutionensystem bestimmt wird, bilden eine „Moralität“. Es gibt in der Praxis also nicht EINE Moral, sondern vielgestaltige Moralitäten, abhängig von religiösen, rechtlichen, traditionellen, kulturellen Vorstellungen und Gepflogenheiten.

Das Gegenteil von Moral ist Unmoral.

Da es jedoch vielgestaltige Moralitäten gibt, kann es durchaus passieren, dass Menschen, die in einer bestimmten Moralität sozialisiert sind, einer anderen Moralität entsprechendes Verhalten, als unmoralisch empfinden. Durch unsere Sozialisation in einer speziellen Gruppe wird unser ganz spezifischer „Sinn für Moral“ geprägt. Er wird daher eher „instinktiv“ als „vernunftgesteuert“ abgerufen. Daher taugt Moral -und das damit verbundene moralische Empfinden- als Kompass nur gruppenspezifisch. Es ist ungeeignet zur allgemeinen, geschweige denn globalen Anwendung („Auf Globalisierung sind unsere Instinkte nicht vorbereitet“).

Fazit: Je multikultureller, je gemischtreligiöser, je kulturell kleingruppiger eine Verwaltungseinheit (Staat...) aufgebaut ist, umso mehr verbietet sich der Bezug auf Moral beim Aushandeln des gesamtgesellschaftlich erwünschten Verhaltens.

„Moral“ (II)

Damit kommt die Ethik (Synonym: „Moralphilosophie“) ins Spiel.

Ethik ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit Moral(itäten). Wie in einem wissenschaftlichen Seminar werden verschiedene Moralitäten analysiert und wertfrei beschrieben. Das ist die sogenannte „Empirische Ethik“. Daneben gibt es noch die „Normative Ethik“, in der ein bestimmtes „Sollen“ formuliert wird, und die damit Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhebt.

Praktisches Beispiel, der Ethikrat: Leute mit verschiedenen moralischen Hintergründen versuchen in einer konkreten Situation eine „tragbare Lösung für alle“ zu finden. Die Begriffe „Gut“/“Böse“ werden problembezogen untersucht und die Vorstellungen dazu problembezogen gewichtet.

Merke: Es gibt viele Moralitäten, die in der EINEN Ethik (wie in einem Haus) mit wissenschaftlichen Methoden bearbeitet werden.

Durch gruppenspezifisches „moralisieren“ der politischen Diskussionen (eine Gruppe setzt ihre Moralvorstellungen „allgemeingültig“ und zeiht alle, die andere Vorstellungen haben, als „unmoralisch“. Wenn widersprochen wird (:hallo, das könnte man doch auch so oder noch anders sehen...) als „uneinsichtig“, verbohrt, bar „moralischen Instinkts“. „Das muss man doch fühlen“ und wer‘s nicht fühlt, der ist eiskalt, kurzum: böse. Das Böse muss weg, und jeder, der sich auch nur „in die Nähe des Bösen“ begibt, muss „wissen was er da tut“ und darf sich nicht wundern über shistorm oder „Sanktionen“ ...

Ist ein politischer Diskurs erst einmal auf eine moralische Schiene gesetzt, fährt der Zug ins Nirgendwo. Weil sich die Debattierenden jeweils empört auf ihr „moralisches Empfinden“ zurückziehen können, ohne zur Lösung des Problems beitragen zu müssen. Aber jede Menge medialer Wind mit entsprechendem Potenzial zu Polarisierung/Hetzte/Hass entfesselt werden kann.

Fazit: Jeder moralische Anspruch in politischen Diskussionen muss sofort auf ethischer Ebene relativiert werden.

Beispiel: Unser Thema der Sonder KMV mit David Kaufmann „Gibt es eine moralische Impfpflicht?“ (An dieser Stelle noch einmal großen Dank an David, für die wunderbare „Denkvorlage“)

Es gibt Menschen in unserer Gesellschaft mit jeweils spezifischem, individuellem, ganz starkem „moralischen Empfinden“, die

a) eine Impfpflicht für alle daher unbedingt befürworten.

b) eine Impfpflicht daher unbedingt ablehnen.

und c), die große Mehrheit der

Bürger*Innen, die eine Impfpflicht als pragmatisches Werkzeug akzeptieren würden, um die Folgeerscheinungen der pandemischen Situation möglichst gering zu halten.
Ich sehe die politische Pflicht darin, dafür zu sorgen, dass die Relationen zwischen a, b und c öffentlich korrekt dargestellt werden und dem „moralischen Impetus“ in der öffentlichen Diskussion der Boden entzogen wird. Durch Begriffsklärungen und das Beenden jeder Debatte, die auf die moralische Schiene gesetzt wird: Der Verweis auf eine empirische ethische Klärung des Sachverhalts sollte genügen. Dann können die Medien auch gern Fakten checken...
In unserem Beispiel könnte folgendes entschieden werden: Aus Gründen xyz haben wir politischen Vertreter entschieden, eine Impfpflicht für besonders gefährdete Gruppen einzuführen. Dazu zählen 60+, Immungeschwächte, ...
Wichtig: aus Gründen xyz, nicht weil irgendjemand etwas für moralisch geboten hält!

Moral! (III)
Aus meinem Bauch gesprochen
Lt.Spiegel muss sich unsere SPD vorwerfen lassen, eine „Friedenspartei“ zu sein. Friedenspartei als Schimpfwort, das ist schon eine klare Ansage! Und ein starker Beweis, wie weit die „moralische Dialektik“ schon den öffentlichen Diskurs zersetzt und polarisiert hat.
Nur einige, beliebig aus der öffentlichen Berichterstattung gefischte, Fundstücke:
- Wir dürfen „schon aus moralischen Gründen“ der Ukraine die Lieferung von Verteidigungswaffen nicht versagen!
- Es ist doppelt unmoralisch unseren östlichen Nachbarn gegenüber, einen Teil der Energieversorgung Deutschlands mit russischem (das alleine ist schon unmoralisch) Erdgas über die Nordstream-2-Pipeline abwickeln zu wollen.
- Absolut unmoralisch ist es, Herrn Nawalny nicht zu befreien. Und so fort.
Allerdings gilt es allgemein nicht unmoralisch, wenn die 10 reichsten Deutschen ihr angehäuftes Vermögen seit Beginn der COVID-19-Pandemie von 144 Mrd auf 256 Mrd US-Dollar, das sind schlappe 78%, gesteigert haben.
Währenddessen erreicht die deutsche Armutsquote 16,1%.
13,4 Mio Menschen leben in Deutschland in Armut. Dabei sind „Frauen und Kinder zuerst“ betroffen.

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Felix Klingert

Nächstes Treffen im Distrikt Ost:
Da wir uns momentan noch nicht treffen können, bieten wir Euch ein

Online-Treffen am 15. Februar 2022 um 19.00 Uhr

an. Die Einwahl zum Online-Treffen schicken wir per Mail und freuen uns über eine rege Teilnahme. Bei Fragen zur Einwahl oder Rückmeldungen meldet Euch bitte bei schaefer-erlangen@web.de.
Viele Grüße
Felix Klingert und Silvia Schäfer

Liebe Genossinnen und Genossen
unsere nächste virtuelle Distriktssitzung findet statt am

Mittwoch, den 09.02., um 20.00 Uhr

Der Zugang funktioniert über folgenden Link:

https://meet.jit.si/SPDERSuedo90222

Auch über das Telefon kannst Du Dich einwählen:
Einwählen: +1.512.647.1431
PIN: 3705198835#

Falls es bei Dir Probleme gehen sollte, kontaktiere uns gerne.
Ein Herunterladen der App ist übrigens nicht nötig, es geht auch über einen Webbrowser. Manche machen jedoch Probleme, der Google Chrome z. B. funktioniert aber sehr gut.
Vorgeschlagene Tagesordnung:
1. Aktuelles aus dem Stadtteilbeirat
2. Aktuelles aus dem Stadtrat
3. Vorschlag Umstrukturierung Distrikte
5. Diskussion über ein festzulegendes aktuelles politisches Thema
6. Sonstiges
Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter
Vorsitzender

Distrikt Süd

Vorsitzender:
Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Protokoll Versammlung Distrikt Süd am 19.01.2022

20 – 21.30 Uhr, online via Jitsi
Teilnehmer: Andreas R., Christoph, Dunja, Günther, Eda, Claudia, Chantal-Sophie,
Protokoll: Christoph
Nach einer kurzen Vorstellungsrunde der einzelnen Teilnehmer ging es zur Tagesordnung:

1. Stadtteilbeirat
Christoph berichtet über die letzte interne und öffentliche Sitzung und deren Themen (Verkehrssituation Koldestraße, Schilderung durch einen Anwohner und Stellungnahme/Erklärung durch einen Vertreter der Stadt, Klimabugdet des Stadtteilbeirats und X).

2. Stadtrat
Andreas berichtet, es wird Anwohnerparken in der Rathenau geben (unlängst beschlossen), Planungsausschuss, kurze Vorstellung Entsiegelung, Umweltschutzprojekte, neue Stellen in der Stadtverwaltung (weitgehend im Bereich Klima angesiedelt), weiterhin hohe Investitionen, StUB, ErlangenPass Plus.

3. Vorschlag Umstrukturierung Distrikte
Andreas berichtet über den Vorschlag des Kreisvorstandes die Distriksstruktur zu reformieren/weiterzuführen. Problematik durch starke Verästelung der Strukturen, jeder führt eine Kasse – quasi ineffektive Aufstellung/Organisation.
Günter referiert einige Probleme der derzeitigen Struktur (Verausgabung von Geld ohne Mehrwert, z.B. für Kontoführung) aber auch über die, von einigen als Vorzug betrachteten Punkten und die Tradition/Historie unserer derzeitigen Aufstellung.
Es werden von den Anwesenden einige Pro- und Contra-Argumente ausgetauscht sowie Fragen zum weiteren Verfahren und Ablauf gestellt.

4. Diskussion über ein festzulegendes aktuelles politisches Thema
Thema war der Demostrationszug („Anti-Coronamaßnahmen“) am 18.01., beginnend ab Ohmplatz. Ein reger Austausch und Diskussion über das Phänomen der „Anti“ Demonstrationen, Abstufungen in der „Szene“ derer und wie man dem gegenüber auftreten, argumentieren und vielleicht ins Gespräch kommen kann. Es war großer Konsens, dass diese Leute schwer zu erreichen sind und dass es auch von denen toleriert wird, die nicht ins Spektrum der Rechten gehören, dass diese dabei sind und das Ganze auch Anführen aus einer Art „Notwehrhaltung“ heraus. Uneinig war man sich über die Ausdeutung der Beteiligung derer, die nicht aus der Szene der Rechten stammt und das Bild, dass sich in der Gesellschaft ergeben kann, da der Zulauf in kurzer Zeit bundesweit eklatant ist.
Claudia berichtet in diesem Zusammen-

hang noch aus dem AK gegen Rechts und dessen Planungen in diesem Bezug.

5. Sonstiges
Termin, nächste Distrikversammlung am 09.02.2022, 20 Uhr online via Jitsi.

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

SPD Distrikt Tennenlohe
Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch, 16.02.2022, 19.00 Uhr Ort: Schlossgaststätte, Schlossgasse 7, Nebenraum

Tagesordnung:
Aktuelles.
Das Rote Netz: Struktur und Nutzungsmöglichkeiten für uns als Distrikt.
Zusammenarbeit der Erlanger Distrikte
Verschiedenes.
Für den Vorstand
Rolf Schowalter

P.S.: es gelten die gängigen Hygieneregeln aufgrund der Covid-19-Pandemie

Protokoll der Distriktversammlung vom 08.12.2021 in Tennenlohe

Top1: Aktuelles
Der Distrikt diskutiert über die Regierungsbildung. Die Ernennung Lauterbachs als Gesundheitsminister hat uns alle überrascht. Aber bei der aktuellen Pandemie wird von der Bevölkerung die Ernennung einer Person mit Fachverstand erwartet, auch wenn sie wenig Erfahrung in der Führung eines Ministeriums mitbringen mag. Wir setzen große Hoffnung auf den neuen Bundeskanzler und die SPD Minister und erwarten eine gute Zusammenarbeit der drei Koalitionspartner. Es wird ein großes Lob auf Lars Klingbeil für die Wahlkampfführung ausgesprochen.

Top2: Zukunft des Monatsspiegel
Die Diskussion um den Monatsspiegel geht weiter. Neben inhaltlichen Schwächen finden wir die Qualität der Fotos und des Layouts verbesserungswürdig. Bei einer KMV im Februar soll darüber öffentlich diskutiert werden.

Top3: Bericht aus dem Ortsbeirat
Rolf berichtet, dass die Mehrheit der OBR-Mitglieder keinen Grund sieht, im nächsten Jahr die 50jährige Eingemeindung von Tennenlohe zur Stadt Erlangen zu feiern, da viele Bürger es damals als einen Zwangsanschluss gesehen haben. Wenn jemand was zu feiern hätte, dann ist es die Stadt Erlangen und sie solle es dann auch organisieren. Rolf findet, dass Tennenlohe durchaus Grund hat, der schwunghaften Entwicklung des Ortes in den letzten 50 Jahren – Bevölkerungsentwicklung, Kunst, Gewerbegebiet, Vereine – positiv zu gedenken.
Der bestehende Schulwegplan, der vor Jahren in einer Gemeinschaftsaktion von Schulverwaltungsamt, Polizei Erlangen, der Verkehrswacht Erlangen und der Verwaltung der Grundschule entwickelt worden war, wurde im Ortsbeirat genauer unter die Lupe genommen.. Auch wenn die ausgewiesenen Wege mögliche Ampelübergänge berücksichtigen, so sind einige Ausweisung eher willkürlich und ohne Kenntnis der Lage getroffen worden. So ist zum Beispiel eine nicht existente Fußgängerampel an der Einmündung der Täublingsstraße in die Lachnerstraße eingezeichnet, wie auch ein Schulweg auf dem Franzosenweg entlang des Friedhofs empfohlen. Erstere muss wohl erst noch erstellt und Letzterer mit einem Fußweg ausgestattet werden. Im Gewerbegebiet, wo keine Familien wohnen, sind Schulwege eingezeichnet. Es bleiben viele offene Fragen.

Top4: Klimabudget
Die Stadt Erlangen hatte unter dem Begriff Klimabudget Vorschläge für öffentliche Projekte zum Klimaschutz gesucht und wollte ausgewählte Projekte je Ortsteil mit 5000 Euro fördern. Eingereicht wurden in Tennenlohe vier Projekte, Gestaltung der Wiese hinter der katholischen Kirche, Garagendachbegrünung, Sandmagerrasen-projekt, Informationsveranstaltung zum Klimaschutz an der Autobahn. Vom Ortsbeirat empfohlen wurde das Sandmagerprojekt.

Top5: Homepage der SPD Tennenlohe
Rolf fragt an, ob jemand die Wartung der Tennenloher SPD-Homepage übernehmen möchte. Es folgt eine offene Diskussion, inwieweit wir eine eigene Homepage benötigen oder ob wir uns besser auf andere Plattformen wie das Rote Netz verlegen sollen. Gerd will das Rote Netz beim nächsten Termin vorstellen.
Zum Abschluß vereinbaren wir die Distriktssitzungs-Termine für 2022.
Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzenden:
Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com
Felizitas Traub-Eichhorn

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere nächste Distriktsitzung findet am

Mittwoch, den 23.02. um 20.00 Uhr online über zoom

statt. Der Einwahllink wird rechtzeitig vorher auf der Homepage (west.spd-erlangen.de/termine/) sowie über den Mailverteiler bekannt gegeben.

Diesmal befassen wir uns mit neuen Formen von gemeinschaftlichem Wohnen: Damit diese möglich sind, vergibt die Stadt in den Neubaugebieten 411, 412 und 413 Grundstücke an Baugruppen. Die Gruppe „RaumTeiler“ hat im 412er ein solches Grundstück bekommen und realisiert ein Mehrgenerationenwohnprojekt. Evelyn Peppler ist eine der drei Geschäftsführer*innen und berichtet über dieses Projekt.
Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

AK gegen Rechts

Claudia Butt
Munib Agha
https://meet.spd.tools/AKgegen-Rechts

Liebe Genossinnen und Genossen,
der nächste Termin für den AK gegen Rechts ist der

23.02.2022 um 19:30Uhr

unter dem bekannten link:
https://meet.spd.tools/AKgegenRechts
Vielen Grüße,
Claudia Butt

Jusos

Vorsitzende:
Mark Schuster
Sophia Waldmann
info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,
im Februar 2022 treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:
- 08.02.: Ökonomische Ungleichheit & Wahlverhalten
- 22.02.: Jugendbeteiligung & Partizipation

Aufgrund der pandemischen Lage ist noch unsicher, ob die Sitzungen in Präsenz oder im digitalen Raum stattfinden. Weitere Informationen und einen möglichen Einwähl-Link oder Adresse der Präsenzsitzung geben wir natürlich auf Slack oder per Mail bekannt.
Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.
Euer Vorstand

TÖCHTER DES AUFBRUCHS

Filmmatinée zum Frauentag

anschließend Gespräch mit Regisseurin Uli Bez

So, 06. März, 10.00

Eintritt ist frei!

Im Kulturpunkt Bruck oder als Live-Stream

Je nach pandemischer Lage

SCAN MICH

Aktuelle Infos & weitere Details:

spd-erlangen.de/film-tda

Erlangen SPD

Bei Präsenz: Angebot zur Kinderbetreuung

V.i.S.d.P.: SPD Erlangen, Nunib Agha & Sandra Radue, Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen